



FSG

**Gerechtigkeit jetzt!
Solidarity forever!**

Bericht 2018–2023

**20. FSG-Bundesfraktionskonferenz
20. Juni 2023**



Impressum

Herausgeber:

*Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen im ÖGB,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1*

Tel.: 01/534 44-39080

E-Mail: fsg@fsg.at, Web: www.fsg.at

Hersteller:

*Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,*

Tel.: 01/662 32 96, Fax: 01/662 32 96-39793

Web: www.oegbverlag.at

Fotos:

*FSG Bundesfraktion, FSG Burgenland, FSG Kärnten, FSG Nieder-
österreich, FSG Oberösterreich, FSG Salzburg, FSG Steiermark,
FSG Tirol, FSG Vorarlberg, FSG Wien, ÖGB, PRO-GE, vida,
GPA (GPA-djp), GÖD, youunion, GBH, GPF, Thomas Hude*

INHALT

<i>Bundesfraktion</i>	6
<i>Frauen</i>	24
<i>Jugend</i>	29
<i>Pensionistinnen & Pensionisten</i>	36

Gewerkschaften

<i>GPA (GPA-djp)</i>	42
<i>GÖD</i>	44
<i>younion _ Die Daseinsgewerkschaft</i>	47
<i>GBH</i>	49
<i>vida</i>	52
<i>GPF</i>	55
<i>PRO-GE</i>	58

Bundesländer

<i>Burgenland</i>	64
<i>Kärnten</i>	67
<i>Niederösterreich</i>	70
<i>Oberösterreich</i>	73
<i>Salzburg</i>	75
<i>Steiermark</i>	78
<i>Tirol</i>	80
<i>Vorarlberg</i>	83
<i>Wien</i>	86

BERICHTE





BUNDESFRAKTION

Bundesvorsitzender: **Rainer Wimmer**

Bundesgeschäftsführer: **Willi Mernyi**

Was sich bereits vor der letzten FSG-Bundesfraktionskonferenz – sie stand unter dem Motto „Für Soziale Gerechtigkeit. Mehr denn je!“ – Juni 2018 abgezeichnet hatte, sollte sich danach bewahrheiten: Die türkis-blaue Bundesregierung setzte ihren sozialen Kahlschlag weiter fort. „Ein Jahr ist die Regierung erst im Amt und hat bereits vieles von dem zerstört, was sich die Arbeitnehmer:innen über Jahre und Jahrzehnte hart erkämpft haben“, stellte FSG-Bundesvorsitzender Rainer Wimmer im September 2018. Die Einführung des 12-Stunden-Tages bzw. der 60-Stunden-Woche samt Einschränkungen bei der betrieblichen Mitbestimmung in Arbeitszeitfragen, die Zerschlagung der Krankenkassen und Abschaffung der Selbstverwaltung, die Einschnitte bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA), Verschlechterungen bei der Altersteilzeit und die Einschränkungen bei der betrieblichen Mitbestimmung sowie viele weitere Leistungskürzungen bekamen Arbeitnehmer:innen und Pensionistinnen bzw. Pensionisten bitter zu spüren.

Grund zum Jubeln hatten nur die Wahlkampfspender der ÖVP. „Für sie hat Sebastian Kurz ganze Arbeit geleistet und ihre Wünsche schnellstmöglich erfüllt. Die Industriellenvereinigung hat den 12-Stunden-Tag bekommen, die Immobilienbranche und die Hoteliers dürfen sich über Steuererleichterungen freuen und auch die Versicherungskonzerne werden auf ihre Kosten kommen, wenn die Reform der Krankenkassen wirkt“, sagte Wimmer. Auf die arbeitenden Menschen sollten hingegen noch weitere Verschlechterungen zukommen.



Social-Media-Aktivitäten ausgebaut

Seit der letzten FSG-Bundesfraktionskonferenz wurden die digitalen FSG-Kanäle erfolgreich ausgebaut und die Präsenz auf Facebook und Instagram verstärkt. Das hat sich besonders auch während der Coronavirus-Pandemie als richtige Entscheidung herausgestellt. Mit über 19.000 Fans auf Facebook und knapp 1.900 Followern auf Instagram haben wir in den letzten Jahren eine solide Community aufgebaut, die beispielsweise im vergangenen Jahr mit fast 8.000 Kommentaren sehr aktiv war. Durch gezieltes Community-Management und begleitende Maßnahmen erreichen wir noch mehr Menschen mit unseren Themen und Botschaften. So betrug alleine die Gesamtreichweite unserer täglichen Postings im Jahr 2022 über 2,24 Millionen Personen. Mit dem regelmäßigen Newsletter (FSG-Infomail) stellen wir nun auch Plakate zu wichtigen politischen Themen zum Aushängen im Betrieb für unsere Empfänger:innen zur Verfügung. Die FSG-Website präsentiert sich seit Anfang 2023 darüber hinaus im neuen Design. Die beliebtesten Social-Media-Postings haben wir auf den Seiten 22–23 als Übersicht zusammengestellt.

„Ein handfester Skandal“

„Unseren Sozialstaat haben Menschen aufgebaut, die darauf geschaut haben, dass es allen gut geht. Jetzt aber ist eine Bundesregierung am Werk, die darauf schaut, dass es nur den Millionärinnen und Millionären gut geht“, so kritisierte FSG-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi von Anfang an die Retro-Politik von ÖVP und FPÖ: „In Wahrheit ist das, was jetzt passiert, ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmer:innen und ein handfester Skandal!“ Trotz der massiven türkis-blauen Angriffe auf die gesamte Gewerkschafts- und Arbeitnehmer:innenbewegung war klar, dass die FSG weiterhin mit ganzer Kraft gegen diese unsoziale türkis-blaue Politik kämpfen wird.

„Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und werden alles dafür tun, damit diese Regierung rasch wieder abgewählt wird“, bekräftigte Wimmer. Damit sollte Wimmer zwar recht behalten, aber nach dem Aufliegen der Ibiza-Affäre, dem erfolgreichen Misstrauensantrag gegen ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz und seine Bundesregierung und der Übergangsregierung unter Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein sowie der Nationalratswahl 2019 änderte auch eine Regierungsbeteiligung der Grünen nichts an der türkisen Politik des sozialen Kahlschlags in unserem Land.

Das türkise Regierungsprogramm mit grünem statt blauem Deckmantel war daher enttäuschend: Weder werden die Grauslichkeiten der türkis-blauen Regierung zurückgenommen noch gibt es dazu Korrekturen. Der 12-Stunden-Tag bzw. die 60-Stunden-Woche bleiben weiterhin ohne Ausgleichsmaßnahmen wie etwa eine Vier-Tage-Woche oder eine leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche. Der gestohlene evangelische Feiertag am Karfreitag wird nicht zurückgegeben, die Schieflage zu Gunsten der Arbeitgeber:innen in der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) wird beibehalten. Auch findet sich kein Wort im Programm über einen Risikoausgleich und eine echte Leistungsharmonisierung für alle Versicherten über alle Kassen hinweg. Die arbeitnehmer:innenfeindlichen Änderungen



wurden mit dem türkis-grünen Koalitionspakt einzementiert und der Kurs von Türkis-Blau fortgeführt. In einem inoffiziellen, lange geheim gehaltenen „Side Letter“ wurde zwischen den Regierungsparteien auch die Wiedereinführung der Pensionsabschläge nach 45 Arbeitsjahren paktiert.

Groß-Demonstrationen, Proteste & Konferenzen

Gegen die Interessen der Arbeitnehmer:innen beschlossen ÖVP und FPÖ im Juni 2018 massive Verschlechterungen im Arbeitszeitrecht. Der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche sollten ab 1. September 2018 zum Normalfall werden. Die Mitbestimmung von Betriebsräten bei vorübergehend notwendiger Verlängerung der Arbeitszeit wurde gleich mitausgehebelt. Noch am ÖGB-Bundeskongress im Juni, wenige Stunden, bevor dieses Regierungsvorhaben öffentlich und konkret wurde, erklärte Willi Mernyi an einem Beispiel eindrucksvoll, was der 12-Stunden-Tag für Arbeitnehmer:innen bedeuten würde (das Video gibt es [hier auf Facebook](#) zum Nachschauen).

In zahlreiche Aktionen, Protesten und Demonstrationen wurde der Unmut über den 12-Stunden-Tag zum Ausdruck gebracht. Am 25. Juni 2018 fand eine Betriebsrätekonferenz mit 1.200 Teilnehmenden unter dem Motto „Nein zum 12-Stunden-Tag“ statt. In ganz Österreich fanden zweitausend Betriebsversammlungen statt. Gegen die neue Arbeitszeitgesetzgebung demonstrierten schließlich am 30. Juni 2018 mehr als 100.000



Menschen auf dem Wiener Heldenplatz. „Das neue Arbeitszeitgesetz ist ein schlechtes Gesetz. Jetzt muss die Wirtschaft Branche für Branche die Auswirkungen abfedern, die dieses Gesetz auf Einkommen, Gesundheit und Freizeit der Arbeitnehmer:innen hat“, sagte ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian.

In den Kollektivvertragsverhandlungen waren die Gewerkschaften am Ende erfolgreich: So wurden zum Beispiel die 11. und 12. Arbeitsstunde mit hohen Zuschlägen verteuert und die leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche verankert – damit wurden einige der negativen Auswirkungen des 12-Stunden-Tages abgefedert.

Gegen den sozialen Kahlschlag von ÖVP und FPÖ folgten eine Reihe weiterer Proteste, wie zum Beispiel Aktionen gegen die „Sozialversicherungsreform“, gegen die Zerschlagung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA), gegen die Kürzung des Arbeitsmarkt-Budgets, gegen die Kürzungen bei der Erwachsenenbildung, gegen Kürzungen bei der überbetrieblichen Lehrausbildung oder gegen die Abschaffung des Jugendvertrauensrates. Die FSG nahm auch an zahlreichen Demonstrationen befreundeter Organisationen teil, wie zum Beispiel an der Groß-Demonstration der „Offensive gegen Rechts“ am 15. Dezember 2018 in Wien.

ÖVP im Machtrausch: Krankenkassen sinnlos zerstört

Die türkis-blaue Bundesregierung zerstörte auch das funktionierende System der Krankenkassen. Als „teuersten politischen Raubzug der Zweiten Republik“ bezeichnete FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer die türkis-blaue Kassenreform. Versprochen wurden beispielsweise Einsparungen in Milliardenhöhe (die sogenannte „Patientenmilliarde“) oder die Harmonisierung der Leistungen für die Versicherten auf dem jeweils höchsten Niveau. Aber noch immer sind Arbeitnehmer:innen gegenüber Beamtinnen bzw. Beamten und Selbständigen schlechter gestellt. Ein vernichtender Bericht des Rechnungshofs bestätigte im Juli 2022, wovon Gewerkschaften, Opposition und Expertinnen bzw. Experten immer gewarnt haben.

Alles, was die ÖVP macht, ist früher oder später ein Fall für einen U-Ausschuss, ein Höchstgericht, den Staatsanwalt oder zieht einen desaströsen Rechnungshofbericht nach sich.

Denn statt den Einsparungen wurden für die Gesundheitskasse sinnlos Millionen für Beratungsverträge ausgegeben, Jobs für schwarze und blaue Politikgünstlinge geschaffen und der Zwei-Klassen-Medizin Vorschub geleistet.

Der ÖVP ging es vor allem darum, die erfolgreiche Selbstverwaltung der Versicherten auszuhebeln und die Macht an die Arbeitgeber:innen bzw. an ihre ÖVP-Klientel bzw. Wahlkampfspender:innen zu übertragen. Die Auswirkungen zeigen sich mittlerweile in allen Bereichen und sind desaströs: Das Gesundheitssystem ist am Rande des Zusammenbruchs. Türkis-Grün schaut aber auch dabei tatenlos zu. Es ist höchste Zeit, die Gesundheitskasse wieder in die Hände der Versicherten zu legen, die sie durch ihre eigenen Beiträge auch finanzieren, und die drängenden Probleme im Gesundheitsbereich so schnell wie möglich im Interesse der Versicherten und ihrer Familien zu lösen.

Erste Erfolge: Selbstverwaltung wieder gestärkt

Die eigenständige Beitragsprüfung der Sozialversicherung wurde im Zuge der Sozialversicherungs-Umorganisation ursprünglich von Türkis-Blau in das Finanzministerium abgezogen. „Die Beitragsprüfung ist ein zentrales Element der Selbstverwaltung. Die türkis-blaue Regierung ist über unsere Bedenken bezüglich Verfassungswidrigkeit einfach hinweggegangen. Ich bin froh, dass uns in dieser Sache der Verfassungsgerichtshof Recht gegeben hat“, zeigte sich Andreas Huss, Arbeitnehmer:innen-Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), zufrieden damit, dass die Beitragsprüfung nach einer höchstgerichtlichen Entscheidung doch wieder in der ÖGK angesiedelt wurde. Das strikte Vorgehen gegen Lohn- und Sozialdumping ist durch die Prüfung der tatsächlichen, kollektivvertraglichen Ansprüche der Arbeitnehmer:innen jetzt wieder möglich und ein wichtiger Beitrag zu einem fairen Arbeitsmarkt. Das Finanzministerium hätte nur die korrekte Berechnung der Abgaben geprüft, viele Ansprüche wären verlorengegangen. „Die Selbstverwaltung und damit die Arbeitnehmer:innenrechte wurden bestätigt und zumindest in diesem Teilbereich wieder gestärkt.“

Starker Sozialstaat half durch Corona-Krise

Der Ausbruch des Coronavirus Anfang 2020 stellte unser Land vor noch nie dagewesene Herausforderungen. „Mehr als eine Million Menschen in Kurzarbeit, über 600.000 Arbeitslose – und dennoch bin ich zuversichtlich, dass wir die Krise bewältigen werden. Der starke Sozialstaat, der von der Sozialdemokratie erkämpft wurde, sichert nun unser Überleben“, sagte FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer anlässlich des 1. Mai 2020. An diesem Tag jährten sich die Maifeiern zum 130. Mal, jedoch konnte aufgrund von Corona-Maßnahmen nur virtuell gefeiert werden – so wie auch der 1. Mai 2021 nur virtuell stattfinden konnte.

„Alle, die in den vergangenen Jahren nach einem schlanken Staat und Sparen im System gerufen haben, wurden eines Besseren belehrt“, so Wimmer und verwies gleich zu Beginn der Corona-Krise darauf, dass man gemeinsam nun dafür sorgen müsse, dass Österreich auch in Zukunft auf einem stabilen Fundament steht. „Das bedeutet, dass sich alle an der Krisenbewäl-

tigung beteiligen müssen. Die Kosten der Krise dürfen nicht nur von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen werden“, forderte Wimmer vorausschauend und erneuerte die Forderung nach einer Millionärssteuer für Vermögenswerte, die eine Million Euro übersteigen.

„Der Tag der Arbeit muss gerade heuer dafür genutzt werden, all jene vor den Vorhang zu holen, die unser Land am Laufen halten. Das sind nicht die Hedgefonds-Manager oder Immobilienhaie, das sind die Pfleger:innen, Verkäufer:innen, LKW-Fahrer:innen, die Arbeiter:innen in der Produktion und Landwirtschaft und noch viele, viele andere. Sie brauchen mehr als ein Danke“, appelliert Wimmer an die Bundesregierung und forderte einen „Corona-Tausender“ für die Heldinnen und Helden der Krise. Die Forderung wurde mit einer Petition unterstützt: Mehr als 140.000 Menschen setzten ein deutliches Zeichen an die Bundesregierung. Während sich die türkis-grüne Bundesregierung für das ÖVP-Klientel ins Zeug legte und reihenweise Erleichterungen für Unternehmen und die Landwirtschaft auf den Weg brachte, mussten Arbeitnehmer:innen und allen voran die Heldinnen und Helden der Corona-Krise vorerst durch die Finger schauen.



1. Mai: ÖVP wollte Geschäfte aufsperrern

Der 1. Mai – der „Tag der Arbeit“ ist in Österreich ein Staatsfeiertag, also ein gesetzlich festgelegter Feiertag für alle Österreicher:innen. Dennoch wollte ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz am 1. Mai 2020 die Geschäfte öffnen und Dienstleistungen wie Friseure, Fußpflege und Maniküre wieder erlauben – wenige Monate nach Ausbruch des Coronavirus und als Schlusspunkt eines Lockdowns. „Wer den Tag der Arbeit derart geringschätzt, brüskiert alle Arbeitnehmer:innen in unverschämter Weise“, kritisierte FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer. Schon im Jahr zuvor wollte die Spitzenkandidatin der NEOS für die EU-Wahl, Claudia Gamon, den 1. Mai als Feiertag abschaffen. „Europa wird nicht sozialer, wenn der Tag der Arbeit zum normalen Arbeitstag wird“, stellte Wimmer dazu klar. Für uns sozialdemokratische Gewerkschafter:innen steht fest: Der 1. Mai muss als Feiertag erhalten bleiben und darf nicht wie der Karfreitag den Menschen gestohlen werden.



„Das ist und bleibt brutaler Pensionsraub“

Mehr als 110.000 Menschen haben die Kampagne „45 Jahre sind genug!“ für die Beibehaltung der abschlagsfreien Hacklerregelung unterschrieben. Von ÖVP, den Grünen und NEOS wurde das Gegenteil beschlossen: Am 20. November 2020 wurde die abschlagsfreie Hacklerregelung per 1. Jänner 2022 abgeschafft.

„Es ist enttäuschend und zermürend für die Arbeitnehmer:innen, was die türkis-grüne Bundesregierung hier macht“, sagte FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer anlässlich der bevorstehenden Wiedereinführung der Abschläge für Langzeitversicherte. „45 Arbeitsjahre sind für die türkis-grüne Bundesregierung nicht genug. Dass man stur an der Abschaffung der abschlagsfreien Hacklerregelung festhält, zeigt, dass kein Respekt und keine Anerkennung vor den hart arbeitenden Menschen vorhanden ist.“

Während es Milliarden für Reiche und Steuersenkungen für große Unternehmen gibt, wird bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tief in die Taschen gegriffen. Die Wiedereinführung der Abschläge betraf aber nicht nur die Langzeitversichertenpension, sondern auch die Schwerarbeits- sowie die Invaliditätspension. „Das ist und bleibt brutaler Pensionsraub“, brachte es Wimmer auf den Punkt und stellte entgegen allen Unkenrufen, dass das Pensionssystem in Zukunft nicht mehr finanzierbar wäre, klar: „Das österreichische Pensionssystem ist sicher und finanzierbar. Ein faires Pensionssystem, das die Leistungen der Einzelnen entsprechend honoriert, niemanden zurücklässt und ein gutes Auskommen im Alter garantiert, ist möglich, wenn man es politisch nur will.“ FSG-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi kritisierte, dass mit falschen Argumenten junge und ältere Menschen verunsichert werden: „Es ist beschämend, dass auf diese Art und Weise versucht wird, Junge gegen Alte auszuspielen.“

Betriebsratskampagne: Sie du die starke Stimme!

Immer wieder werden Betriebsratsgründungen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern verhindert – entweder durch Drohungen oder sogar Kündigungen. ÖGB und Gewerkschaften riefen daher 2021 die Betriebsratskampagne „Sei du die starke Stimme!“ ins Leben. Der Erfolg kann sich sehen lassen: Über 25.000 Beschäftigte haben erstmals einen Betriebsrat. Die Zahl der Betriebsratskörperschaften stieg um 220 an und mit 650 neuen Betriebsrätinnen und Betriebsräten gab es mehr als doppelt so viele wie im Jahr davor. Um die wertvolle Arbeit der Betriebsrätinnen und Betriebsräte noch mehr in den Mittelpunkt zu stellen, wurde der 7. April zum „Tag der betrieblichen Mitbestimmung“ ausgerufen.





Türkis-Grün versagt im Kampf gegen Teuerung

Die Gewerkschaften und Arbeiterkammern haben ihre Vorschläge zur Bekämpfung der anhaltenden Teuerungswelle wiederholt auf den Tisch gelegt. Denn die Einmalzahlungen von Türkis-Grün sind längst verpufft, es muss endlich alles dafür getan werden, dass die Preise nachhaltig sinken, es braucht Preisdeckel. Darunter zum Beispiel Energiepreisdeckel, Mietpreisdeckel, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs oder auch eine Anti-Teuerungskommission mit weitreichenden Befugnissen. Andere Länder haben derartige Maßnahmen rechtzeitig umgesetzt und sind damit gut gefahren.

Die türkis-grüne Bundesregierung blieb bei uns jedoch untätig. Die Rechnung dafür zahlen Arbeitnehmer:innen und Pensionistinnen bzw. Pensionisten gleich doppelt und dreifach. Immer mehr Menschen kommen bei den gestiegenen Preisen kaum mehr über die Runden. Eine nachhaltige Entlastung wird von Türkis-Grün aber weiterhin verweigert. Die ÖVP-geführte Bundesregierung schüttet lieber Millionen Förderungen an Unternehmen aus. Dazu lässt Türkis-Grün noch unverschämte Preistreiberei zu. Die Gier kennt keine

Grenzen mehr. Daher war es auch wenig verwunderlich, dass am Ende des ersten Quartals 2023 die Teuerung in Österreich noch bei 9,2 Prozent lag, die Inflation im Euroraum betrug hingegen nur 6,9 Prozent. Damit zeigte sich einmal mehr, wie die österreichische Bundesregierung im Kampf gegen die explodierenden Preise völlig versagt.

Das Einzige, was Arbeitnehmer:innen derzeit wirkungsvoll gegen die Teuerungswelle schützt, sind starke und vor allem hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse. Dafür setzen sich die Gewerkschaften ein. Und damit zeigt sich erneut, wie wichtig Kollektivverträge sind. Konnten einige der negativen Auswirkungen des gesetzlichen 12-Stunden-Tags in den Kollektivverträgen erfolgreich abgefedert werden, so sind Kollektivverträge jetzt auch im Kampf gegen die Teuerung unverzichtbar.

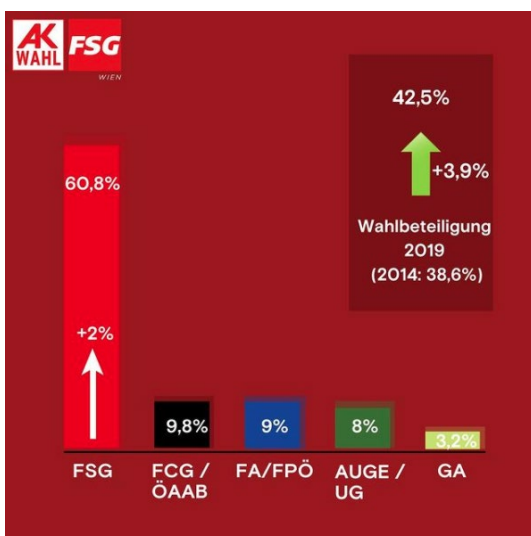
Reiche noch reicher als bisher angenommen

Schätzungen der Österreichischen Nationalbank gehen davon aus, dass ein Prozent der Reichsten rund 50 Prozent des Vermögens im Land besitzen könnten und somit weit mehr als bisher angenommen. Bei den vermögensbezogenen Steuern hingegen gehört Österreich zu den Schlusslichtern – weltweit.

Die FSG fordert nach wie vor, dass ein gutes Steuerreformkonzept neben einer echten Entlastung für Arbeitnehmer:innen auch wichtige Investitionen für den öffentlichen Verkehr oder für die Bereiche Pflege und Kinderbetreuung umfassen soll. Dazu ist auch eine Änderung der Steuerstruktur notwendig. „Während der Corona-Krise wurden die Unternehmen großzügig mit Steuergeld unterstützt. Auch darum ist jetzt eine sinnlose Senkung der Körperschaftssteuer verfehlt. Vielmehr muss man zusätzliche Beiträge von Großunternehmen einfordern und endlich eine gerechte Besteuerung von Millionen-erbschaften und Millionenvermögen einführen“, fordert Wimmer.

AK-Wahlen 2019: FSG klare Siegerin

Die FSG hat bei den AK-Wahlen 2019 in sieben Bundesländern dazugewonnen und in ebenso vielen Bundesländern ihre klaren Mehrheiten mit Ergebnissen zwischen 60,7 und 77,6 Prozent verteidigt. Insgesamt beträgt das Plus für die FSG 80.428 Stimmen bzw. 21 Mandate. „Diese Ergebnisse sind ein klarer Auftrag für die FSG und zugleich ein Signal für starke Arbeiterkammern. Keine andere Fraktion hat so viele Stimmen und Mandate dazugewonnen wie die sozialdemokratische“, sagte FSG-Bundesvorsitzender Rainer Wimmer.



Die FSG stellt wie bisher in sieben Länderkammern (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Wien) die Mehrheit, in zwei Länderkammern (Tirol und Vorarlberg) konnten die Christlichen Gewerkschafter (ÖAAB-FCG) ihre Mehrheit halten.

Von den gültigen Stimmen entfielen auf: Sozialdemokratische Gewerkschafter:innen (FSG): 60,48 Prozent (2014: plus 3,32 Prozentpunkte), Christliche Gewerkschafter (ÖAAB-FCG): 18,56 Prozent (2014: minus 2,47 Prozentpunkte), Freiheitliche Arbeitnehmer (FA): 10,07 Prozent (2014: plus 0,39 Prozentpunkte), Alternative und Grüne Gewerkschafter:innen/Unabhängige Gewerkschafter:innen (AUGE/UG): 5,43 Prozent (2014: minus 0,58 Prozentpunkte). Nicht ganz vier Prozent entfielen auf Listen, die nur in einzelnen Bundesländern antraten. Insgesamt waren das 18 Listen.

In allen Länderkammern wurden insgesamt 840 Mandate vergeben. Davon entfallen 510 auf die FSG (das ist ein Plus von 21 Mandaten), 174 Mandate erreichte der ÖAAB-FCG (minus 11 im Vergleich zu 2014), die Freiheitlichen errangen 82 Mandate (plus 1 Mandat), AUGE/UG erreichte 42 Mandate (minus 5 Mandate). Auf die sonstigen Listen entfallen 32 Mandate (minus 6 Mandate).

Renate Anderl zur Präsidentin der Bundesarbeitskammer gewählt
Mit großer Mehrheit hat die konstituierende Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer (BAK) am 26. Juni 2019 Renate Anderl, Präsidentin der AK Wien, auch zur Präsidentin der Bundesarbeitskammer gewählt. In geheimer Wahl bekam Anderl (FSG) 89 Prozent der 64 abgegebenen gültigen Stimmen. In das insgesamt fünfköpfige Präsidium der BAK wurden außerdem vier Vizepräsidenten gewählt: Günther Goach, Präsident der AK Kärnten (FSG), Johann Kalliauer, Präsident der AK OÖ (FSG), Markus Wieser, Präsident der AK NÖ (FSG) und Erwin Zangerl, Präsident der AK Tirol (AAB-FCG).





EU-Wahl – Steuerschlupfloch in Europa schließen

Die Kandidatinnen und Kandidaten der sozialdemokratischen Gewerkschafter:innen zur EU-Wahl – Evelyn Regner (ÖGB), Thomas Kattinig (youunion), Johannes Schwarcz-Breuer (vida), Sophia Reisecker (GPA-djp) und Gerald Kreuzer (PRO-GE) – haben das europäische Steuerschlupfloch am 7. Mai 2019 bei einer Straßenaktion symbolisch geschlossen. Denn: „Es macht einen Riesenunterschied, wer die Menschen im EU-Parlament vertritt“, sagte Spitzenkandidatin Evelyn Regner. „Wir Gewerkschafter:innen wollen mit klaren Regeln gegen Konzernprivilegien vorgehen.“ Durch Steuerschlupflöcher entgehen der EU jedes Jahr rund 1.000 Milliarden Euro – Österreich knapp 13 Milliarden Euro. „Egal ob Würstl-stand oder Google - alle müssen ihren fairen Steuerbeitrag leisten“, forderte Regner.

„Die sozialdemokratischen Gewerkschafter:innen haben mit Evelyn Regner eine starke Spitzenkandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Regner hat in den vergangenen Jahren den Kampf für ein soziales Europa in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt und sie wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Interessen der Arbeitnehmer:innen auf europäischer Ebene Gehör finden“, sagte FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer.

Bei der Europawahl am 2. Juli 2019 erreichte die SPÖ mit 23,9 Prozent annähernd ihr Ergebnis von der letzten EU-Wahl (24,1 Prozent) und kam auf den zweiten Platz. Die Wahlbeteiligung stieg erfreulicherweise von 45,39 Prozent auf 59,77 Prozent an.



Evelyn Regner erste österreichische sozialdemokratische Vizepräsidentin des EU-Parlaments

Am 18. Jänner 2022 wurde Evelyn Regner zur Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments gewählt. Regner hat sich stets als wichtige Verbündete erwiesen, wenn es darum geht, die Situation für europäische Arbeitnehmer:innen zu verbessern“, sagte FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer, der auf Regners Einsatz für mehr Lohntransparenz, einen europäischen Mindestlohn und nicht zuletzt auf ihren Erfolg für eine gerechtere Besteuerung von Großkonzernen verwies.

Regner hat viele Jahre das Europabüro des ÖGB in Brüssel geleitet, seit 2009 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 2019 Vorsitzende im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. „Mit ihrer Wahl zur Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments wurde ihr bisheriges Engagement jetzt einerseits gewürdigt, andererseits ihre Stimme für die arbeitenden Frauen weiter gestärkt“, sagte FSG-Frauenvorsitzende Ilse Fetik und gratulierte Regner zu ihrer neuen Funktion. Regner ist die erste österreichische sozialdemokratische Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.

Internationale Solidarität

Frieden ist grundlegender Wert der Gewerkschaftsbewegung. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung verurteilt daher Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine auf das Schärfste. Dieser Verstoß gegen das Völkerrecht bringt unsägliches Leid über Menschen. Der ÖGB startete eine Spendenaktion und bringt mit Unterstützung von Gewerkschaften und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) seit März 2022 Medikamente, Decken, Lebensmittel und vieles mehr in die Ukraine, um die FPU (Föderation der Gewerkschaften der Ukraine) zu unterstützen, die in ihren Ferienheimen Geflüchtete versorgt – nach wie vor.

Die Solidarität der Gewerkschafter:innen endet auch nie an Landesgrenzen. Nach dem schweren Erdbeben in der Türkei und Syrien am 6. Februar 2023 wurde kurzerhand zu einer Spendenaktion aufgerufen. Die Spenden wurden gemeinsam mit den Gewerkschaften in den betroffenen Regionen für klar definierte Projekte eingesetzt.

Wolfgang Katzian zum EGB-Präsidenten gewählt

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian ist am 25. Mai zum Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gewählt worden. Der EGB-Präsident, der diese Tätigkeit ehrenamtlich ausübt, wird aus dem Kreis der nationalen Gewerkschaftspräsidenten gewählt. Im EGB sind 41 Nationen mit 93 Gewerkschaften mit insgesamt 45 Millionen Mitgliedern vertreten. Beim 15. EGB-Kongress in Berlin wurde auch das 50-jährige Bestehen gefeiert.

Oliver Röpke erster österreichischer Gewerkschafter an der Spitze des EWSA

Oliver Röpke wurde zum Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) gewählt. Der EWSA berät alle EU-Institutionen bei der Entstehung von Gesetzen und Richtlinien. Oliver Röpke leitete das ÖGB-Büro in Brüssel von 2008 bis März 2023 und ist der erste österreichische Gewerkschafter an der Spitze des EWSA.

100 Jahre Frauenwahlrecht

Am 12. November 1918 wurde in Österreich nach langem Kampf durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung das Frauenwahlrecht eingeführt – eine frauenpolitische Errungenschaft. „Gleichberechtigt sind Frauen aber erst dann, wenn es keine Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern mehr gibt, Quoten überflüssig sind und das Geschlecht, ob in der Arbeitswelt oder zu Hause, keine Rolle mehr spielt“, sagte ÖGB-Vizepräsidentin und ÖGB-Frauenvorsitzende Korinna Schumann bei einer Festveranstaltung.

Arbeiterkammer – 100 Jahre Gerechtigkeit

Das Parlament beschloss am 26. Februar 1920 das Gesetz über die Errichtung der Arbeiterkammern (AK). Die AK setzt sich seit 100 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmer:innen ein und berät jährlich mehr als zwei Millionen Menschen und holt durch Interventionen bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern oder vor Gericht rund 530 Millionen Euro für Betroffene zurück. Während der Coronavirus-Pandemie riefen AK und ÖGB im März 2020 auch die Website „Job und Corona“ sowie eine Telefon-Hotline ins Leben. An die zwei Millionen Besucher:innen informierten sich während der Coronavirus-Pandemie über Rechtliches – von Kurzarbeit bis hin zu Schutzmöglichkeiten im Betrieb.

75 Jahre ÖGB – Ein gutes Leben für alle

Der ÖGB wurde vor 75 Jahren im Jahre 1945 gegründet, kurze Zeit später auch die ÖGB-Frauen und die Gewerkschaftsjugend (ÖGJ). Die Coronavirus-Pandemie machte im April 2020 Feierlichkeiten unmöglich. Daher wurde lediglich in einem kleinen Rahmen eine Plakat-Ausstellung „Unser Kampf seit 1945“ im Foyer des ÖGB gezeigt.

[Die Geschichte zum Nachlesen gibt es hier.](#)

Gratuliert hat in einem Schreiben unter anderem Bundespräsident Alexander Van der Bellen: „Der ÖGB ist 75 Jahre alt, und doch immer auf der Höhe seiner Zeit.“ Daher ist auch für Van der Bellen klar: „Gäbe es keine Gewerkschaften, gäbe es keinen ÖGB, wir müssten ihn erfinden.“ Alexander Van der Bellen wurde am 9. Oktober 2022 mit 56,7 Prozent erneut zum Bundespräsidenten gewählt.

65 Jahre ASVG – ein Feiertag für die Versichertengemeinschaft

Am 9. September 1955 wurde das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) vom Nationalrat verabschiedet. Seit 65 Jahren drehen sich die Herausforderungen um die großen Blöcke Finanzierung sowie Ausweitung der Leistungen. „Auch heute kämpfen wir als Gewerkschaft für die Weiterentwicklung der Sozialversicherung. Wir treten dafür ein, dass es in der Gesundheitsförderung verpflichtende Ziele gibt, dass Prävention und Programme für chronisch Kranke ausgebaut werden. Denn die Pandemie hat eines klar gezeigt: Im Gesundheitssystem zu sparen, zahlt sich nicht aus“, sagte Andreas Huss, Arbeitnehmer:innen-Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK)

50 Jahre Jugendvertrauensrat

Im Jänner 2023 feierte die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) 50 Jahre Jugendvertrauensrätegesetz. Am 1. Jänner 1973 trat das Gesetz, beschlossen von einer sozialistischen Parlamentsmehrheit, in Kraft. Einer der ersten gewählten Jugendvertrauensräte war ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Heute vertreten mehr als 3.250 Jugendvertrauensrätinnen und Jugendvertrauensräte die Anliegen der Jugendlichen in den Betrieben.

20 Jahre SoHo Österreich

Im September 2019 feierte die sozialdemokratische LGBTIQ-Organisation „SoHo“ ihr 20-jähriges Jubiläum. „Die SoHo ist eine mutige Kämpferin für Menschenrechte, Respekt und Vielfalt in der SPÖ und in ganz Österreich. Ich bin überzeugt, dass auch die nächsten Jahrzehnte eine echte Erfolgsgeschichte werden“, gratulierte FSG-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi.

ÖVP wollte Sicherungshaft auf Verdacht

„Demokratie und Rechtsstaat zählen zu den Grundpfeilern der gewerkschaftlichen Arbeit. Das Vorhaben der ÖVP-geführten Bundesregierung, eine Sicherungshaft oder Präventivhaft einführen zu wollen, ist ein inakzeptabler Angriff auf politische Grundrechte“, sagte FSG-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi im Jänner 2020. Die Idee, eine Haft auf Verdacht einzuführen, erinnert an die dunkelsten Zeiten der Geschichte.

Eine Sicherungshaft würde nichts anderes bedeuten, als Menschen auf Verdacht in Haft zu nehmen. Deshalb appellierte Mernyi: „Jedes Mal, wenn auf einige wenige gezielt wird, muss man sich fragen, ob nicht am Ende alle getroffen werden. Deshalb müssen die Alarmglocken bei allen läuten, denen unsere Verfassung und die hart erkämpften Grundrechte ein Anliegen sind.“

Lernen aus der Geschichte: Brauchen keine totalitären Regime

Am Internationalen Holocaust-Gedenktage am 27. Jänner und im Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe von 1934 erinnert die FSG jährlich daran, dass es mutige Menschen brauchte, die mit ihrem Leben die hart erkämpfte Demokratie und die sozialen Errungenschaften für die arbeitenden Menschen verteidigten.

Die FSG bekennt sich in ihren Statuten ganz klar zu Antifaschismus und stellt sich entschieden gegen jegliche Art von Diskriminierung, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Die FSG unterstützt Gedenkveranstaltungen und nimmt regelmäßig an friedlichen Demonstrationen des Gedenkens teil. Gegen Gewalt und Terror braucht es Solidarität, gemeinsames Verantwortungsbewusstsein, Zivilcourage und gebündelte Anstrengungen zur Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Niemals dürfen politische Auseinandersetzungen für das Aufhetzen von Menschen gegen andere missbraucht werden.

FSG verurteilte unfassbaren Terroranschlag in Wien

Die FSG verurteilte den unfassbaren Terroranschlag am 2. November 2020 in Wien. „Wir bedanken uns bei allen Kolleginnen und Kollegen, die während des Terroranschlags im Einsatz waren und vorbildlich ihre Arbeit gemacht haben und dabei auch ihr eigenes Leben zum Schutz vieler Menschen riskiert haben. Wir trauern um die Opfer und unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Verletzten und den Angehörigen der Opfer“, sagte FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer. Die Antwort auf Extremismus und Terrorismus kann nur Zusammenhalt und Solidarität heißen.

Im Gedenken

Der frühere AK-Präsident Herbert Tumpel ist am 4. Oktober 2018 im Alter von 70 Jahren verstorben. Von 1997 bis 2013 stand Tumpel an der Spitze der Arbeiterkammer, davor war der Volkswirt als Leitender Sekretär im ÖGB tätig. Mit seinem Fachwissen hat Tumpel unser Land erfolgreich mitgestaltet – vom Beitritt zur EU bis hin zur Bewältigung von Finanz- und Wirtschaftskrisen.

In der gesamten Gewerkschaftsbewegung herrschte große Trauer, als Rudolf Hundstorfer wenige Wochen vor seinem 68. Geburtstag am 20. August 2019 völlig unerwartet verstorben ist. Rudolf Hundstorfer hat den ÖGB 2006 in einer schwierigen Zeit als Präsident übernommen und damit große Verantwortung bewiesen. Von 2008 bis 2016 war Hundstorfer Arbeits- bzw. Sozialminister.

Karl Drochter verstarb am 6. Februar 2021 nach langer, schwerer Krankheit im 81. Lebensjahr. Drochter war unter anderem Leitender Sekretär des ÖGB und FSG-Bundessekretär. Vor allem die Jugend, die Frauen und die Bildung waren dem Antifaschisten und Vorkämpfer für mehr Mitbestimmung im Betrieb zeitlebens wichtige Anliegen.

ÖGB wird jünger, weiblicher und stärker

80.449 Arbeitnehmer:innen und Lehrlinge sind 2022 dem ÖGB neu oder wieder beigetreten. Das sind weit mehr als in den vergangenen Jahren, in welchen coronabedingt nur wenige persönliche Kontakte zu den Beschäftigten möglich waren. Gerade in turbulenten Zeiten – wie gegenwärtig mit der anhaltend hohen Teuerungswelle – braucht es starke Gewerkschaften, die sich für faire Arbeitsbedingungen und gute Einkommen einsetzen.

Die Mitgliederentwicklung zeigt auch, dass sich immer mehr Frauen und junge Arbeitnehmer:innen für eine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft entscheiden. 2022 schlossen sich insgesamt 8.280 Personen unter 19 Jahren dem ÖGB an. Darüber hinaus konnte der ÖGB mit 37,1 Prozent den höchsten Frauenanteil in seiner Geschichte erreichen.

Zieht man von den Neu- und Wiederbeitritten ausgetretene und verstorbene Mitglieder ab, ergibt das einen Zuwachs von 3.153 Mitgliedern. ÖGB und Gewerkschaften zählten mit Stand Ende 2022 insgesamt 1.199.856 Mitglieder.







fsg.at



/fsg.oegb



/fsg_at

FRAUEN

FSG-Bundesfrauenvorsitzende:

Christa Hörmann (seit April 2022)

Ilse Fetik (bis April 2022)

FSG-Bundesfrauensekretärin:

Karin Zimmermann (seit September 2021)

Simone Erne (Jänner 2019 bis September 2021)

Isabella Guzi (bis Dezember 2018)

Ausweitung der Arbeitszeit erfordert massiven Ausbau der Kinderbildung im Juli 2018

„Eine Ausweitung der Arbeitszeit macht es für Berufstätige noch schwieriger, Beruf und Familienleben zu vereinen. Das ist mit ein Grund, warum wir die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich ablehnen. Daher ist ein weiterer Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen eine Notwendigkeit. Jubelmeldung über ausreichende Kinderbetreuung sind alles andere als angebracht. Außerhalb Wiens findet man kaum Einrichtungen, die 12 Stunden geöffnet haben. Den Bestellern des Arbeitszeitgesetzes darf nicht egal sein, was die Ausweitung der Arbeitszeit für das Leben der in ihren Betrieben Beschäftigten bedeutet“, erklärte damals die Frauenvorsitzende der FSG, Ilse Fetik.

Zur Abschaffung der Hacklerregelung: Frauen nicht als Ausrede für Pensionsraub benutzen! Das war im November 2020

Echte Gleichstellungsmaßnahmen statt billiger Polemik, forderten die FSG-Frauen. Die Regierung verhöhnt Frauen, wenn sie sie einerseits völlig im Stich lässt – Stichwort Kinderbetreuung im Lockdown – und andererseits als Ausrede für die Abschaffung der Hacklerregelung benutzt. Denn zur Abschaffung der Hacklerregelung führte die Bundesregierung die Frauen als Argument an. Das ist billige Polemik. Frauen sind wesentlich öfter als Männer von Altersarmut betroffen. Wenn man die Hacklerregelung abschafft, wird das nicht besser. Stattdessen sollten Kindererziehungszeiten besser auf die Pension angerechnet werden. Gerade in der Corona-Krise zeigte sich, wer im Zweifel die Kinderbetreuung schultert und beruflich zurücksteckt: Es sind die Frauen, so die Argumentation der FSG-Frauen.

Wechsel an der Spitze der FSG-Bundesfrauen im April 2022

Der FSG-Bundesfrauenvorstand hat in seiner Sitzung am 4. April 2022 mit überwältigender Mehrheit Christa Hörmann zur geschäftsführenden FSG-Bundesfrauenvorsitzenden gewählt. Die bisherige stellvertretende FSG-Bundesfrauenvorsitzende und Bundesfrauen-

vorsitzende der younion _ Die Daseinsgewerkschaft folgt Ilse Fetik nach, die ihre Funktion aufgrund ihres Pensionsantritts zurücklegte. Der FSG-Bundesfrauenvorstand würdigte den unermüdlichen Einsatz von Ilse Fetik und dankte ihr für ihre besonderen Leistungen und Erfolge. Die neu gewählte gf. FSG-Bundesfrauenvorsitzende will den erfolgreichen Weg ihrer Vorgängerin weitergehen. Hörmann stellt dabei den Kampf gegen die zunehmende Armutsgefährdung von Frauen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die diplomierte Gesundheits- und Krankenschwester fordert mehr Maßnahmen und Gesetze ein, welche die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben fördern. Gleichzeitig fordert Hörmann, dass Gerechtigkeit und Gleichbehandlung nicht nur am Papier stehen dürfen, sondern auch gelebt werden müssen: „Die Corona-Krise hat aufgezeigt, wie viele Frauen in systemrelevanten Berufen und Branchen arbeiten, welche mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft verdienen. Die Krise hat auch aufgezeigt, wie Frauen durch Mehrfachbelastungen wie beispielsweise auch durch Betreuungspflichten noch immer benachteiligt sind.“



Equal Pay Gap, Equal Pension Day & Internationaler Frauentag

Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit verringert sich nur langsam. Das ist unerträglich. Der Einkommensunterschied – oder der Gender Pay Gap – beträgt im Schnitt noch immer 17,1 Prozent. Österreich zähle nach wie vor zu den EU-Ländern mit dem größten Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern.

Mit der schrittweisen Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab dem Jahr 2024 droht sich dann die ohnehin schon schwierige Lage vieler Frauen nochmals weiter zu verschärfen. Davor warnten die FSG-Frauen anlässlich des Internationalen Frauentages. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Frauen verdienen im Vergleich zu ganzjährig vollzeitbeschäftigten Männern im Schnitt rund 9.000 Euro weniger pro Jahr. Kinderbetreuung, Haushalt und Pflege von Angehörigen werden immer noch überwiegend von Frauen gemacht. Fast die Hälfte aller Frauen arbeitet daher oft unfreiwillig in Teilzeit. Vor dem Übergang in die Pension ist in etwa jede zweite Frau arbeitslos. Frauen erhalten durchschnittlich rund 40 Prozent weniger Pension als Männer.



Es reicht! Protest der FSG-Frauen vor dem Frauenministerium Ende März 2023.

Die Liste der Ungerechtigkeiten geht aber noch viel weiter. Auch die Rekord-Teuerung trifft Frauen und Kinder viel stärker – vor allem Alleinerzieherinnen. Die Coronavirus-Pandemie hat zudem gezeigt, dass unter den vielen Systemerhalterinnen und Systemerhaltern es gerade Frauen sind, die unser Land am Laufen halten. Sie verdienen mehr Respekt vor ihren Leistungen und vor allem bessere Arbeitsbedingungen.

Die nächsten Jahre bringen große Veränderung am Arbeitsmarkt – von der Digitalisierung über den notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien bis hin zu Gesundheitsvorsorge und Work-Life-Balance. Mit diesen Veränderungen drohen die Lücken in den Erwerbsbiografien noch größer zu werden, die bestehenden Ungerechtigkeiten treffen junge Frauen dann doppelt und dreifach.

Frauen sind von der Corona-Krise am stärksten betroffen gewesen. Dennoch waren gerade sie es, die mit ihrer bezahlten und unbezahlten Arbeit dafür sorgten, dass das Leben weitgehend am Laufen gehalten wurde. Auch die anhaltende Teuerung belastet Frauen besonders stark. Statt Frauen endlich in den Fokus zu rücken und für Entlastung zu sorgen, zettelt die ÖVP eine entbehrliche Neid-Debatte über Leistungskürzungen für Teilzeitbeschäftigte an. Teilzeitarbeit ist im Übrigen kein „Privileg“, wie es ÖVP-Arbeitsminister Martin Kocher formulierte, sondern bekanntlich nach wie vor für Frauen eine Teilzeitfalle: Viele Frauen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit und werden dadurch ihr ganzes Leben lang benachteiligt – beim Einkommen genauso wie später durch niedrigere Pensionen. Die Frauenministerin sieht nichts, hört nichts und sagt nichts. „Es reicht!“ titeln die FSG-Frauen ihren Protest. Denn die Frauen könnten heute schon viel weiter sein, hätte die türkis-grüne Bundesregierung ihre Hausaufgaben gemacht.

19. FSG-Bundesfrauenkonferenz

Die 19. FSG-Bundesfrauenkonferenz stand unter dem Motto „Frauen machen Zukunft – Feministisch. Sozial. Gerecht.“ und fand am 18. April 2023 im Seminar- und Veranstaltungszentrum Catamaran in Wien statt. Die Delegierten wählten Christa Hörmann zur FSG-Bundesfrauenvorsitzenden und ihre Stellvertreterinnen Ulrike Ernstbrunner, Olivia Janisch, Elfriede Schober, Susanne Schubert, Brigitte Schulz, Korinna Schumann und Sandra Steiner in das FSG-Bundesfrauenpräsidium.



Für Kopfschütteln unter den rund 170 Delegierten sorgte, dass auch ÖVP-Frauenministerin Susanne Raab die Frauen weiter im Stich lässt: Sie sieht, hört und sagt auch nichts zu den Problemen der Frauen. Die FSG-Frauen fordern die Bundesregierung auf, sich endlich aktiv für eine feministische Frauenpolitik stark zu machen: „Wir brauchen eine Frauenministerin, die diese Rolle wahrnimmt.“

Neben dem Forderungsprogramm für die nächsten fünf Jahre wurden auch zwei Initiativanträge beschlossen, unter anderem zu Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie zu einem kollektivvertraglichen Mindestlohn von 2.000 Euro in allen Branchen, der Einführung von vermögensbezogenen Steuern und einem Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Kinderbildungsplatz ab dem 1. Geburtstag für jedes Kind in Verbindung mit dem dafür benötigten Personal.

Unterstützung für die Forderungen der FSG-Frauen kamen unter anderem von SPÖ-Bundespartei- und Klubvorsitzender Pamela Rendi-Wagner, SPÖ-Bundesfrauenvorsitzender Eva-Maria Holzleitner und der Wiener SPÖ-Landesfrauenvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Marina Hanke.



Auszug aus dem Forderungskatalog der FSG-Frauen:

- *Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz für jedes Kind ab dem 1. Geburtstag in Verbindung mit dem dafür benötigten Personal, etwa durch eine Ausbildungsinitiative*
- *gratis Nachmittagsbetreuung an den Schulen*
- *flächendeckenden Ausbau an Pflege- und Betreuungseinrichtungen, mobiler Dienste und betreuten Wohnformen*
- *Teuerung stoppen durch zum Beispiel Energiepreisbremse, Mietobergrenze und Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs*
- *bessere und längere Anrechnung von Kindererziehungszeiten*
- *Arbeitszeitverkürzung und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle*

Das Forderungsprogramm und die beschlossenen Initiativanträge sowie Fotos gibt es hier:

www.fsg.at/downloads-materialien

JUGEND

Bundesjugendvorsitzender:

Mario Pichler (seit Oktober 2022)

Josef Rehberger (Jänner 2020 bis Oktober 2022)

Mario Drapela (bis Jänner 2020)

Bundesjugendsekretär:

Philipp Ovszenik (seit Februar 2019)

Stefan Bartl (bis Februar 2019)

Die politische Landschaft war in den vergangenen fünf Jahren von großer Instabilität und einer Phase multipler Krisen geprägt. Zahlreiche Überschriften von Medien wirkten wie Meldungen der österreichischen Website „Die Tagespresse“, die satirische Beiträge veröffentlicht. Leider waren die politischen Meldungen nicht frei erfunden, wenn es um sozialpolitische Beschneidungen von Lehrlingen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ging. Politisch erfreulich – zumindest kurzfristig – war nur die Veröffentlichung des Ibiza-Videos im Mai 2019, welches nicht nur den Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum Rücktritt gezwungen, sondern auch die Regierungskoalition gesprengt hat. Die FSG-Jugend war damals Teil der riesigen Demo mit über 10.000 Menschen am Wiener Ballhausplatz.



Am 25. Jänner 2020 übernahm Josef Rehberger von Mario Drapela den FSG-Bundesjugendvorsitz. Schon von Anfang an war für Rehberger klar, dass die FSG-Jugend eine noch stärkere Stimme für die jugendlichen Arbeitnehmer:innen werden muss. Junge Menschen müssen





eine Lehre wieder als Chance begreifen. Dazu braucht es modernste Ausbildungsstandards in den Betrieben sowie in den Berufsschulen, und es müssen nach einer Lehre Aufstiegschancen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten gegeben sein. Dazu zählt zum Beispiel, dass der Meister zukünftig nicht nur als Titel geführt werden kann, sondern dass die Meisterausbildung für die Arbeitnehmer:innen auch kostenlos ist.

Weitere Schwerpunkte waren die Mobilität für Lehrlinge und die Forderung nach einem Ausbildungsfonds (Fachkräftemilliarde). In diesen sollen Unternehmen einzahlen, die nicht ausbilden, obwohl sie die Möglichkeit dazu hätten. Jene Unternehmen, die eine hoch qualitative Ausbildung anbieten, würden aus dem Ausbildungsfonds Förderungen erhalten. Der Ausbruch des Coronavirus und die damit einhergehenden Maßnahmen führten zu einer Rekordjugendarbeitslosigkeit, welche die FSG-Jugend mit verschiedenen Maßnahmen und Aktionen bekämpfte.

Am 8. Oktober 2022 wurde Mario Pichler zum neuen Bundesjugendvorsitzenden der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen im ÖGB gewählt. Der gelernte Bürokaufmann und Landesvorsitzende der Gewerkschaftsjugend Kärnten folgte Josef Rehberger nach und setzt in seiner politischen Arbeit vor allem darauf, dass den Jugendlichen Perspektiven auf eine gute Fachkräfte-Ausbildung eröffnet werden. Leider lässt die türkis-grüne Bundesregierung die Interessen der Jugend im Regen stehen und vergisst dabei oft die Lehrlinge – die Fachkräfte von morgen.



Im Zuge der Rekord-Teuerung sind junge Menschen noch stärker betroffen und verdienen tendenziell noch immer zu wenig. Die Mieten explodieren gerade und junge Menschen können sich ein eigenständiges Leben kaum aufbauen. Das ist ein Teufelskreis und wir



müssen vor der steigenden Frustration bei jungen Menschen gewarnt sein. Durch die anhaltenden Krisen und den damit verbundenen Zukunftsängsten ist die psychische Gesundheit von jungen Menschen schon jetzt überstrapaziert. Die FSG-Jugend fordert daher 1.000 Euro Mindestlehrlingseinkommen und auch den Ausbau psychosozialer Unterstützung an Berufsschulen und ein flächendeckendes Angebot an Psychotherapieplätzen für Jugendliche mit vollständiger Kostenübernahme durch die Krankenversicherung. Die türkis-grüne Bundesregierung muss jetzt endlich aus ihrem Tiefschlaf erwachen und in die Gänge kommen, die Rekord-Teuerung wirksam und nicht nur oberflächlich bekämpfen und mehr Mittel für die Jugend freimachen. Geld ist für alle Generationen genug da. Debattieren wir nicht über Generationengerechtigkeit, sondern endlich über mehr Verteilungsgerechtigkeit und Millionärssteuern!

Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern

In den letzten Jahren wurde zudem großer Wert auf den ständigen Austausch mit den Abgeordneten des SPÖ-Parlamentsklubs und sozialdemokratischen Entscheidungsträgerinnen bzw. Entscheidungsträgern gelegt, damit unsere Forderungen und inhaltlichen Schwerpunkte auch in den Nationalrat für Beschlussfassungen gelangen. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels sowie auf die Ungleichbehandlung in der Bezahlung von Zivildienern und die Teiltauglichkeit für Grundwehr- und Zivildienst ab Jänner 2021 gelegt. Hier ist ein Auszug von Pressemitteilungen:

[FSG-Jugend warnt: Lehrstellenkrise wird sich im zweiten Corona-Jahr weiter verschärfen](#)

[FSG-Jugend zu Teiltauglichkeit: ÖVP geht's nur um billige Arbeitskräfte](#)

[FSG-Jugend zum 1. Mai 2020: Lehrstellen statt Leerstellen – her mit dem Corona-Not-Ausbildungsfonds](#)

[FSG-Jugend: Ob verpflichtet oder freiwillig – unterschiedliche Bezahlung von Zivildienern muss abgestellt und ausgeglichen werden](#)



Die FSG-Jugend verlangte während der Corona-Krise im Zuge einer Pressekonferenz mit FSG-Bundesjugendvorsitzenden Josef Rehberger, Bundesparteiivorsitzender Pamela Rendi-Wagner und Landeshauptmann Peter Kaiser von der Bundesregierung ein Paket gegen Jugendarbeitslosigkeit, um den Jungen wieder eine echte Perspektive gegen Facharbeitskräftemangel zu eröffnen. Genosse Rehberger sprach damals von „200 Reisebusse voller Jugendlicher mit der Aufschrift ‚lost generation‘, die ohne Ziel im Kreis fahren“ und forderte, „den öffentlichen Bereich auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und Lehrstellen aufzustocken. Auch bei öffentlichen Vergaben sollen Betriebe bevorzugt werden, die Lehrlinge ausbilden“, so Rehberger. Dank des Drucks der Gewerkschaften konnten zusätzliche Stellen in den überbetrieblichen Lehrwerkstätten geschaffen werden. Zudem gab es in sozialdemokratischen geführten Bundesländern Sofortmaßnahmen, wie die Verdoppelung der Lehrlingsaufnahmen in Kärnten oder das Lehrlingspaket der Stadt Wien mit 18,6 Millionen Euro.





Inhaltlicher Austausch und Vernetzung mit den roten Jugendorganisationen

Bei regelmäßigen Treffen der Vorsitzenden mit anderen roten Jugendorganisationen tauscht sich die FSG-Jugend mit der Jungen Generation (JG), der Sozialistischen Jugend (SJ), dem Verband sozialistischer Student_innen Österreichs (VSSTÖ), der Aktion kritischer Schüler:innen (AKS), den Kinderfreunden und den Roten Falken aus. Die Zusammenarbeit mit den anderen Jugendorganisationen wird in Form von gemeinsamen Aktionen, Demos und öffentlichen Stellungnahmen, die aktuelle politische Entwicklungen betreffen und vor allem politischen Widerstand leisten sollen, gelebt.

Klares Bekenntnis zum Antifaschismus

Die FSG-Jugend bekennt sich ganz klar zum Antifaschismus und stellt sich entschieden gegen jegliche Art von Diskriminierung oder Rassismus. Die FSG-Jugend unterstützt Gedenkveranstaltungen und nimmt regelmäßig an friedlichen Demonstrationen des Gedenkens teil.



Sonstige Aktivitäten im Überblick

- Teilnahme am Politischen Aschermittwoch der SPÖ Obersteiermark West mit Jugend-Brunch im Zuge des EU-Wahlkampfes 2019 mit den Kandidatinnen und Kandidaten.
- Jährlich ist die FSG-Jugend auf der Arbeitsweltinsel auf dem Donauinselfest, dem größten von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten veranstalteten Freiluftfestival.
- Erstmalige zentrale Koordination unserer Kandidatinnen und Kandidaten der FSG-Jugend bei Wahlen.
- Weiterentwicklung und Ausbau der Kommunikation auf den sozialen Medien, um noch besser mit der Zielgruppe der Jungen interagieren zu können.



PENSIONISTINNEN & PENSIONISTEN

Vorsitzender: **Rudolf Srba**

Sekretärin: **Maria Hajek**

Der Kampf gegen die Rekord-Teuerung stand beim 4. BundespensionistInnenforum der FSG im ÖGB am 18. Oktober 2022 klar im Mittelpunkt der Debatte der rund 130 Delegierten im ÖGB-Veranstaltungszentrum Catamaran in Wien. Aber auch die Coronavirus-Pandemie und die Folgen für den Sozialstaat führten zu klaren Positionierungen und Forderungen nach mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Der Vorsitzende der FSG/ÖGB-Pensionistinnen und Pensionisten Rudolf Srba betonte in seiner Eröffnungsrede, wie wichtig ein starker Sozialstaat für alle Menschen in Österreich sei: „Die Coronavirus-Pandemie hat die Stärken, aber auch ganz klar die Schwächen aufgezeigt. Und die müssen wir jetzt gemeinsam beseitigen“, appellierte Srba an die Delegierten. Dabei dürfe man jetzt keine Zeit verlieren. Das beginne beim gemeinsamen Kampf für die ständige Verbesserung des öffentlichen Pensionssystems, beim Ausbau der Pflege, bei der Bekämpfung von Armut – von der Frauen noch immer stärker betroffen sind als Männer – und beim Kampf gegen Altersdiskriminierung.

Der Präsident des Pensionistenverbandes Österreich (PVÖ), Peter Kostelka, kritisierte als Gastredner erneut, dass



die türkis-grüne Bundesregierung die Pensionsanpassung ohne Einigung mit den Vertreterinnen und Vertretern der Pensionistinnen und Pensionisten beschlossen hat. Die türkis-grüne Pensionsanpassung werde die Pensionistinnen und Pensionisten weiter belasten: „Das geht sich in vielen Fällen nicht mehr aus. Und das werden wir dieser Bundesregierung auch nicht durchgehen lassen.“

„Geld ist genug für alle Generationen da“

Woher die erforderlichen Mittel für die Verbesserungen für Pensionistinnen und Pensionisten kommen sollen, ist für FSG-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi klar: „Wir brauchen endlich mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land. Wenn ich weiß, dass es rund 200.000 Menschen in unserem Land gibt, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, wenn ich weiß, dass es mehr als 350.000 von Armut betroffene Kinder in unserem Land



Die Teuerungswelle darf zu keiner Armutsquelle führen! ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer fand dennoch keinen Termin für die Anliegen der Pensionistinnen und Pensionisten. Nach der Terminabsage organisierte der PVÖ im März 2022 kurzerhand die erste Demonstration von Pensionistinnen und Pensionisten seit 20 Jahren. Die Forderungen: „Wir wollen KEINE MILLIONEN, wir wollen ESSEN, HEIZEN, WOHNEN!“ Mit dabei waren die FSG/Pensionistinnen & Pensionisten.

gibt und wenn ich weiß, dass es auch rund 350.000 Millionärinnen und Millionäre in unserem Land gibt, die im internationalen Vergleich viel zu geringe Vermögenssteuern bei uns zahlen, dann ist für mich die Antwort klar“, sagt Mernyi und fordert runter mit den Steuern und Abgaben für Arbeitnehmer:innen und Pensionistinnen bzw. Pensionisten und rauf mit den Steuern für Millionärinnen bzw. Millionäre und große Konzerne: „Wir brauchen keine von der ÖVP immer wieder angestachelte Debatte über Generationengerechtigkeit, sondern eine ehrliche Debatte über mehr Verteilungsgerechtigkeit – und da gehören Millionärssteuern dazu. Geld ist genug für alle Generationen da!“

Die Delegierten des 4. FSG-Bundespensionist:innenforums haben Rudolf Srba zum Vorsitzenden wiedergewählt. In das Präsidium der FSG/ÖGB-Pensionistinnen und Pensionisten wurden neben Srba Erika Helscher, Monika Kemperle, Kurt Mayer, Johann Palkovich, Josef Walter, Josef Wild und Antonia Wöhrer gewählt. Monika Kemperle wurde von den Delegierten auch als Kandidatin für den Vorsitz der ÖGB-Bundespensionist:innen nominiert und beim 4. ÖGB-Bundespensionist:innenforum am 19. Oktober 2022 zur Vorsitzenden gewählt. Das von den FSG/ÖGB-Pensionistinnen und Pensionisten beschlossene „Programm für eine gutes Leben für alle Generationen“ gibt es [hier](#) als Download.

Pensionistenverband Österreichs (PVÖ): 70 Jahre und kein bisschen leise

Österreich ist ein Land, in dem viele gut leben können. Auch ältere Menschen. Das ist zu einem Großteil auch dem Pensionistenverband Österreichs (PVÖ) zu verdanken. „Der PVÖ war und ist federführend bei der Entstehung vieler sozialpolitischer Meilensteine und ein verlässlicher Partner dafür, dass ältere Menschen den Lebensabschnitt nach ihrer Erwerbstätigkeit ohne finanzielle Sorgen verbringen können“, sagte FSG-Vorsitzen-



der Rainer Wimmer. „Mit seinem großen Angebot an Beratungen sowie seinen Freizeit- sowie Kulturaktivitäten trägt der PVÖ entscheidend dazu bei, dass ältere Menschen über Pensionen, Pflege und Co. Bescheid wissen und auch am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen können“, betonte FSG-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi. Gemeinsam gratulierten Wimmer und Mernyi dem PVÖ zu seinem 70-jährigen Jubiläum im September 2019.

Gleichzeitig betonten Wimmer und Mernyi die Wichtigkeit des PVÖ für die anstehenden Herausforderungen der Zukunft: „Der Respekt vor den Leistungen der Arbeitnehmer:innen nimmt ab, der Druck am Arbeitsplatz steigt und einige politische Kräfte in Österreich wollen unser umlagefinanziertes Pensionssystem zerschlagen.“ Die FSG kämpft für sichere Pensionen statt Spekulationen mit dem Geld der Arbeitnehmer:innen. „Es ist gut zu wissen, dass wir im PVÖ einen verlässlichen Partner haben, wenn es darum geht, dafür zu kämpfen, dass die Menschen in Würde und ohne finanzielle Sorgen altern können.“



GEWERKSCHAFTEN





Fraktionsvorsitzender: **Michael Aichinger**
Bundessekretär: **Karl Dürtscher**

Die FSG-GPA beschäftigte sich in der vergangenen Funktionsperiode mit folgenden Themen:

AK-Wahlen 2019

Vor dem Hintergrund der offenen Kampfansage der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung gegen die Arbeiterkammern engagierte sich die FSG in der GPA-djp bereits seit dem Sommer 2018 in allen neun Bundesländern mit gesteigertem und vermehrtem Engagement im Wahlkampf für die Arbeiterkammerwahlen. Ein Einsatz, der sich voll lohnte: Die FSG ging wie bereits bei den letzten AK-Wahlen als klare Siegerin hervor. Insgesamt konnte die FSG in sieben Bundesländern zulegen. Ein schöner Erfolg für die gesamte FSG im ÖGB und den Gewerkschaften, zu dem auch die FSG in der GPA-djp und alle FSG-Betriebsrätinnen und FSG-Betriebsräte maßgeblich beigetragen haben.

13 Gründe, warum die ÖVP die AK zerstören will:

Wien: FSG +2,1 %

Niederösterreich: FSG +3 %

Oberösterreich: FSG +5,5 %

Kärnten: FSG +0,7 %

Vorarlberg: FSG +3,2 %

Tirol: FSG +1,2 %

Steiermark: FSG +6,7 %

Wien: FPÖ-ÖGB -0,5 %

Niederösterreich: ÖGB-FPÖ -2,1 %

Oberösterreich: ÖGB-FPÖ -3,7 %

Vorarlberg: FPÖ-ÖGB -4,4 %

Tirol: ÖGB-FPÖ -2,5 %

Steiermark: ÖGB-FPÖ -3 %

FSG-Fraktionstagungen 2018–2022

Neben der fraktionellen Arbeit in den Betrieben und dem Engagement bis hin zu Wahlgängen der Arbeiterkammern stand stets auch die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Entwicklungen in Österreich und darüber hinaus im Fokus der FSG-Arbeit der letzten Jahre. Über die Diskussionen in den FSG-Vorständen und Präsidien hinaus standen bei den Tagungen, insbesondere den in aller Regel zweimal im Jahr stattfindenden FSG-Wochenendtagungen, folgende Themen im Mittelpunkt:

- Integrations- und Migrationspolitik in der Flüchtlingskrise
- Nachhaltige Finanzierung der Sozialsysteme (u. a. Wertschöpfungsabgabe)
- Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Österreich
- Einschätzung der Nationalratswahl 2017
- 100 Jahre Gründung der Republik: Sozialpolitische Reflexionen
- Ausblick auf die AK-Wahlen 2019
- Strategische Ausrichtung von ÖGB und SPÖ unter Türkis-Blau

- Folgen des türkis-blauen Umbaus in der Sozialversicherung
- Wahlen zum Europäischen Parlament 2019
- Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des Brexit-Desasters
- Nach der Nationalratswahl 2019
- Die USA unter Trump – ein Jahr vor der Präsidentenwahl
- Herausforderungen für ÖGB und FSG im Corona-Umfeld
- Folgen der Corona-Krise auf Wirtschaft, Soziales und Arbeitsmarkt
- Auswirkungen der Corona-Krise auf die Einstellung Jugendlicher
- Maßnahmen und Lösungen im Kampf gegen die Teuerung

FSG-Bundesforum 2020: Online-Wahlen

Infolge der bleibend prekären COVID-19-Infektionslage seit dem Frühjahr 2020 und den damit einhergehenden Lockdown-Maßnahmen konnten sowohl die im 2. Quartal geplanten FSG-Regionalforen 2020 wie auch das im November geplante FSG-Bundesforum 2020 nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden.

Daher haben die zuständigen FSG-Gremien entschieden, zumindest die statutarisch vorgesehenen Wahlen auf Bundes- wie auch auf Regionalebene als Online-Wahlen abzuhalten. Diese Online-Wahlen fanden unter den gebotenen technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Regionen der GPA-djp im Juni 2020 statt. Auf Bundesebene folgte zum geplanten Datum des FSG-Bundesforums am 17. November 2020 ebenfalls eine Online-Wahl.

Auf Bundesebene wurde Michael Aichinger, mit hohem Votum als FSG-Bundesvorsitzender in der Gewerkschaft GPA wiederbestellt. Mit Martin Müllauer, Karin Samer, René Pfister, Klaus Zenz, Beatrix Pröll und Alois Freitag wurden mit ebensolch hohem Votum erfahrene und langjährige, auch in der FSG tätige Betriebsrätinnen bzw. Betriebsräte zu dessen Stellvertreterinnen und Stellvertretern gewählt. Elisabeth Kubicek folgte als neugewählte Frauenvorsitzende der FSG auf Ingrid Streibel-Zarfl, die diese Funktion über mehrere Funktionsperioden mit großem Engagement ausgeübt hatte. Der Bundesgeschäftsführer der GPA, Karl Dürtscher, wurde zum Bundessekretär der FSG-GPA wiedergewählt sowie Verena Nussbaum und Wolfgang Greif zu dessen Stellvertreter:in bestellt. Ebenfalls in Online-Wahlen wurden bereits im Juni 2020 sämtliche FSG-Organe in den Regionen der Gewerkschaft GPA gewählt, so auch die Fraktionsvorsitzenden sowie die Frauenvorsitzenden der FSG-GPA.



Fraktionsvorsitzender: **Hannes Gruber**
Zentralsekretär: **Erich Rudolph**

Im Berichtszeitraum wurden im Öffentlichen Dienst folgende Gehaltsabschlüsse erzielt:

ab 01.01.2019: + 2,33 % + Staffelerhöhung von € 19,50; (Zulagen +2,76 %)

ab 01.01.2020: + 2,25 %, Mindestbetrag € 50; (Zulagen +2,3 %)

ab 01.01.2021: + 1,45 %; (Zulagen +1,45%)

ab 01.01.2022: + 3,22 bis +2,91 %; (Zulagen +3 %)

ab 01.01.2023: +9,41 bis +7,15 %, Mindestbetrag € 170; (Zulagen +7,32 %)

Eine besondere Herausforderung stellte die durch EuGH-Urteile notwendige Reparatur des Besoldungssystems dar. Der EuGH hat am 8. Mai 2019 in zwei Urteilen festgehalten, dass das Besoldungs- und Vorrückungssystem der Bundesbediensteten und Landeslehrer:innen gegen Europarecht verstößt.

Bereits am gleichen Tag fanden erste Gespräche mit der Dienstgeberseite über die Möglichkeit der rechtlichen Sanierung statt. In mehreren Gesprächs- und Verhandlungsrunden kam es mit der „Besoldungsreform 2019“ zu einer Einigung. Im Anschluss mussten auch noch die Parlamentsparteien von der Notwendigkeit der Reform überzeugt werden, bevor sie am 3. Juli 2019 im Rahmen der 2. Dienstrechts-Novelle 2019 im Nationalrat beschlossen wurde. Wir konnten unsere berechtigten Forderungen durchsetzen: Die durch das alte System diskriminierten Kolleginnen und Kollegen werden entschädigt, und niemand erleidet durch die Besoldungsreform 2019 Verluste in der Lebensverdienstsumme.

Im Zuge der 2. Dienstrechtsnovelle 2022 ist es gelungen, ein „Attraktivierungspaket“ durchzusetzen. Es zielt darauf ab, durch Anhebung der Einstiegsbezüge und der typischen Einstiegslaufbahnen den Einstieg in den Bundesdienst finanziell attraktiver zu gestalten. Es erfolgte eine durchgehende Erhöhung der Einstiegsgehälter – zusätzlich zur „normalen“ Gehaltserhöhung 2023 – um rund 6 Prozent in den meisten Bereichen.



Der 18. Bundeskongress der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Die Funktionsperiode der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst beträgt auf Grund der Geschäfts- und Wahlordnung grundsätzlich fünf Jahre. Der 17. Bundeskongress der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fand im Oktober 2016 statt, wodurch die Abhaltung des 18. Bundeskongresses im Jahr 2021 notwendig war.

Auf Grund der Coronavirus-Pandemie und der rasant gestiegenen COVID-19-Infektionen beschloss der Vorstand der GÖD den 18. Bundeskongress am 16. November 2021 gegebenenfalls auch virtuell abzuhalten und die persönliche Wahl durch die Delegierten durch Landeswahlkommissionen in den Bundesländern abzuwickeln. Durch eine vom Vorstand beschlossene Ergänzung der Wahlrichtlinien wurden im November 2021 in österreichweiten Sprengelwahlkommission die Wahlen für die jeweiligen Gremien durchgeführt.

Die am 16. November 2021 geltenden Corona-Maßnahmen der Bundesregierung haben in weiterer Folge die Abhaltung des 18. Bundeskongresses als Präsenztagung unter Einhaltung gewisser Voraussetzungen (3G-Regel, beschränkte Teilnehmer:innenzahl) ermöglicht.

Der 18. Bundeskongress wurde am 16. November 2021 im Austria Center Vienna mit den stimmberechtigten Delegierten, jedoch ohne Ehrengäste und Gastdelegierte abgehalten und zusätzlich online übertragen.

Die 18. Fraktionskonferenz der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Die FSG-Fraktionskonferenz wurde im Vorfeld des GÖD-Bundeskongresses ebenfalls abgehalten. Sie stand unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft sichern“. Das FSG-GÖD-Präsidium setzt sich wie folgt zusammen:

FSG-Präsidium

Hannes Gruber	FSG-Vorsitzender
Stefan Seebauer	FSG-Vorsitzender-Stellvertreter
Susanne Schubert	FSG-Vorsitzender-Stellvertreterin, FSG-Frauenvorsitzende
Erich Rudolph	Zentralsekretär

Das FSG-Team in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Präsidium/Vorstand GÖD

Hannes Gruber	Vorsitzender-Stellvertreter
Stefan Seebauer	Vorsitzender-Stellvertreter
Daniela Eysn	Vorsitzender-Stellvertreterin, Bereichsleiterin Besoldung
Susanne Schubert	Vorsitzende-Stellvertreterin Frauen
Hermine Müller	Bereichsleiterin Finanz
Alexandra Loser	Mitglied
Viktor Magdits	Mitglied

Kontrollkommission GÖD

Gabriele SEIDL-PROKESCH	Vorsitzende-Stellvertreterin
Stefan Kroyer	Mitglied
Susanna Fazekas	Mitglied

Zentralsekretär

Erich Rudolph

Fraktionssekretärin

Jasmin Benesch

fsggoed.at

facebook.com/FSG.GOED

Fraktionsvorsitzender: **Christian Meidlinger**
Bundesgeschäftsführer: **Erich Kniezanrek**



Seit der letzten Fraktionskonferenz der FSG haben maßgebliche Veränderungen unser tägliches Handeln bestimmt. Corona-Krise, Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, Klima-Krise, die massive Teuerungswelle, die zurzeit hohe Inflation und viele weitere Problemstellungen forderten unser volles Engagement.

Im Jahr 2019 fanden in fast allen Bereichen der younion Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen statt. In Wien konnte die FSG dabei einen Stimmenanteil von 81,07 % (+1,22 %) erreichen.

	BUND	FSG	KIV/UG	FCG	GLB	ARGE	FA-FPÖ	FA-KAV	NL
Anteil	100%	77,93%	4,38%	12,46%	0,42%	1,75%	0,72%	0,58%	1,77%
gültige Stimmen	84.187	65.605	3.685	10.488	352	1.470	609	491	1.487

(Kaufmännisch gerundet)

Nach den Wahlen fanden bundesweit auch die jeweiligen Landeskongressen und FSG-Fraktionskonferenzen statt, bei welchen auch die Funktionen neu gewählt bzw. bestätigt wurden.

Im Jahr 2020 standen wir mit Corona und dem ersten Lockdown vor völlig neuen Herausforderungen. Während unsere Mitglieder im Bereich Kunst und Kultur von den verordneten Maßnahmen existenzbedrohend getroffen wurden, standen die Mitarbeiter:innen der gesamten Daseinsvorsorge in dieser sehr schwierigen Zeit der Bevölkerung uneingeschränkt und mit vollem Einsatz zur Verfügung.

Am Tag der internationalen Daseinsvorsorge haben wir deshalb eine eigene Kampagne mit dem Titel „**Mehr sparen können wir uns nicht leisten!**“ gestartet. Die laufenden Vorbereitungen für den 1. Bundeskongress der younion sowie die Fraktionskonferenzen mussten gestoppt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Das Jahr 2021 gestaltete sich wegen der anhaltenden Corona-Krise weiterhin sehr schwierig. Die Umstellung auf Online-Services, die Verhandlung für Homeoffice-Lösungen bzw. Sonderbetreuungszeiten und die Beratung sowie Kontrolle für die Corona-Kurzarbeit haben zusätzliche Kräfte gebunden. Darüber hinaus haben wir mit einer Imagekampagne für viele Berufsgruppen - die während der Corona-Krise für die Menschen tätig

waren - versucht, in der Bevölkerung für die öffentliche Daseinsvorsorge zu werben – Titel „Bei uns geht's jeden Tags ums Ganze“.

Der 1. Bundeskongress der younion und die Fraktionskonferenzen wurden auf den Spätherbst 2021 verschoben. Alle Vorarbeiten dazu konnten abgeschlossen werden, der Kongress mit Anwesenheit der Delegierten selbst musste allerdings neuerlich - wegen eines von der Bundesregierung kurz zuvor verhängten Lockdowns - abgesagt werden. Stattdessen wurde der Kongress mit den Delegierten in virtueller Form abgehalten. Dabei wurde Christian Meidlinger als amtierender und neuer Präsident mit 98,5 Prozent bestätigt bzw. wiedergewählt. Bei der Fraktionskonferenz der FSG wurde ebenfalls Christian Meidlinger mit einem tollen Wahlergebnis von 99,5 Prozent gewählt.



Auch beim traditionellen Maiaufmarsch war die FSG der younion nach Unterbrechung wieder mit vielen Genossinnen und Genossen vertreten. Nach coronabedingter Pause fand im Jahr 2022 das Donauinsselfest wieder in gewohnter Art und Weise erfolgreich statt. Viele Bereiche der Daseinsvorsorge stellten dabei ihre Leistungen eindrucksvoll zur Schau.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaft, die jährlichen Gehalts- bzw. Kollektivvertragsverhandlungen, wurden auch während der gesamten Corona-Krise mit großem Erfolg geführt.

Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst

Inkrafttreten	%-Erhöhung	zuzügl. Fix-/Mindestbetrag
01.01.2019	2,33	Fixbetrag €19,50
01.01.2020	2,25	mindestens €50,00
01.01.2021	1,45	
01.01.2022	2,85	Fixbetrag €6,40
01.01.2023	7,15	mindestens €170,00

younion-fsg.at
facebook.com/fsgyounion

Fraktionsvorsitzender: **Josef Muchitsch**
Fraktionssekretär: **Andreas Huss**

FSG-Funktionärinnen und -Funktionäre in der Gewerkschaft BAU-HOLZ (Stand 05/2023)

- Funktionärinnen bzw. Funktionäre gesamt: 3.965
- FSG-Funktionärinnen bzw. FSG-Funktionäre: 3.219
- 81,2 % der Funktionärinnen bzw. Funktionäre in der GBH werden der FSG zugerechnet.

Die FSG BAU-HOLZ hat im Berichtszeitraum an zahlreichen Veranstaltungen, Protestmaßnahmen und Arbeitsgruppen teilgenommen. Schwerpunkte setzten wir darüber hinaus in der persönlichen Betreuung der Mitglieder und Funktionärinnen bzw. Funktionäre sowie in einem massiven Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit.

2018

Das Jahr 2018 war geprägt von Protesten gegen das Arbeitszeitgesetz der schwarz-blauen Bundesregierung, mit dem 12-Stunden-Arbeitstage und 60-Stunden-Arbeitswochen möglich wurden. Sowohl bei den Protestmaßnahmen in den Bundesländern als auch bei der Großdemonstration in Wien waren zahlreiche FSG BAU-HOLZ-Funktionärinnen und -Funktionäre dabei.

2018 startete die FSG BAU-HOLZ außerdem ihre Kommunikationsoffensive: Die Website fsg-bau-holz.at erhielt einen Relaunch, gleichzeitig startete die FSG BAU-HOLZ ihren Facebook-Auftritt.



2019

2019 war für die GBH das Jahr ihres Gewerkschaftstages, in dessen Vorfeld die FSG BAU-HOLZ ihre neun Landeskongresse sowie ihre Bundeskonferenz abhielt. Als FSG BAU-HOLZ-Bundesvorsitzender wurde GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch bestätigt, FSG-Verantwortlicher in der GBH ist Andreas Huss.

2019 war aber nicht nur in der GBH ein Wahljahr: In einem politisch turbulenten Jahr wurde der Nationalrat neu gewählt. Auch die Arbeiterkammer hielt in allen Bundesländern ihre Wahlen ab. Die FSG BAU-HOLZ entsendet in alle Länderkammern und die Bundesarbeitskammer Funktionärinnen bzw. Funktionäre.

Anlässlich der AK-Wahlen legte die FSG BAU-HOLZ eine Sonderausgabe des Magazins „FSG Direkt BAU-HOLZ“ auf, das in neun Bundesländer-Mutationen erschien und den Mitgliedern Kandidatinnen bzw. Kandidaten und Forderungen der FSG BAU-HOLZ vorstellte. Auch auf der Website der FSG BAU-HOLZ gab es dazu eigene Ländercontents. Natürlich waren Funktionärinnen bzw. Funktionäre der FSG BAU-HOLZ getreu dem GBH-Motto „Immer nahe beim Mitglied“ auch persönlich in ganz Österreich unterwegs, um mit eigenen Give-Aways in Verteileraktionen für eine Teilnahme an den AK-Wahlen zu werben. FSG BAU-HOLZ Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch absolvierte eine bundesweite Infotour.

2020

Das Jahr 2020 brachte die Umsetzung der Zerschlagung der Krankenkassen und massive Angriffe auf die Selbstverwaltung durch die Bundesregierung. In der neu

gegründeten Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) übernahm der BAU-HOLZ-Gewerkschafter und FSG BAU-HOLZ-Verantwortliche Andreas Huss die Obmannschaft für die Arbeitnehmer:innen-Kurie. In dieser Funktion kämpft er seither für die Interessen der Versicherten und gegen die weitere Schwächung ihrer Selbstverwaltung.

Die Pressearbeit von Andreas Huss wird von der FSG BAU-HOLZ-Presse maßgeblich unterstützt, von der Medienarbeit über Pressekonferenzen und die Erstellung von Broschüren bis zur Unterstützung seiner Social-Media-Aktivitäten auf Facebook, Twitter und YouTube.



2021

Seit einem Jahr hielt 2021 das Coronavirus die ganze Welt in Atem. ÖGK-Arbeitnehmer:innen-Obmann Andreas Huss übernahm im 2. Halbjahr turnusmäßig den Vorsitz in der ÖGK und präsentierte das Arbeitsprogramm der Arbeitnehmer:innen-Kurie. Das Programm ist darauf ausgerichtet, die Versorgungslücken, die gerade durch die Corona-Krise offenbar wurden, nachhaltig zu schließen. Es gelingt Huss, den durch Corona erfolgten Digitalisierungsschub aufrecht zu halten.

2022

Die Teuerung bestimmt seit 2022 das Leben in Österreich, die Bundesregierung setzt dennoch keine wirksamen Maßnahmen dagegen. An den österreichweiten ÖGB-Demonstrationen „Preise runter“ sind auch zahlreiche FSG BAU-HOLZ-Funktionärinnen und -Funktionäre beteiligt.

FSG BAU-HOLZ-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch wird als Nachfolger von Rainer Wimmer als Vorsitzender der FSG im ÖGB nominiert.

Weitere Aktivitäten der FSG BAU-HOLZ

- Zahlreiche weitere Aktivitäten begleiten die FSG BAU-HOLZ seit vielen Jahren. Allen voran sind hier die 1. Mai-Feiern zu nennen, bei denen die FSG BAU-HOLZ nicht nur in Wien mit eigenen Delegationen vertreten ist, außerdem das Wiener Donauinselfest, bei dem die FSG BAU-HOLZ Wien traditionell einen gut besuchten Infobereich zu BAU-HOLZ-Berufen auf der Arbeitsweltinsel betreut.
- Neben der „Tagesarbeit“ mit Sitzungen und Arbeitsgruppen führt die FSG BAU-HOLZ immer wieder auch österreichweite Infotouren ihres Bundesvorsitzenden durch.
- Die Medienarbeit der FSG BAU-HOLZ wurde in der Berichtsperiode deutlich ausgebaut und umfasst neben einer Website und Social-Media-Aktivitäten auch die anlassbezogene Produktion des Magazins „FSG direkt BAU-HOLZ“ mit fraktionellen Informationen und natürlich regelmäßige Pressearbeit. Besonders beliebt sind fraktionale Kurzvideos und Videointerviews.

fsg-bau-holz.at

facebook.com/fsg.bau.holz

youtube.com/@GBHTV

twitter.com/JosefMuchitsch



Fraktionsvorsitzender:

Roman Hebenstreit (seit Februar 2023)

Günter Blumthaler (November 2019 bis Februar 2023)

Roman Hebenstreit (bis November 2019)

Bundessekretär: **Bernd Brandstetter**

In Krisenzeiten Stärke gezeigt

Pandemie und Teuerung: Im Einsatz für die Beschäftigten.

Nichts ahnend, was durch Pandemie und Krieg noch alles auf uns zukommen sollte, hat die FSG vida am 5. November 2019 im Wiener Austria Center ihre Bundesfraktionskonferenz abgehalten „Die Sozialdemokratie muss nicht nur gelebt, sondern auch mit Stolz wieder nach außen getragen werden“, betonte Günter Blumthaler, der bei der 4. Bundesfraktionskonferenz der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen in der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida (FSG vida) mit 98,34 Prozent zum neuen FSG vida-Vorsitzenden gewählt wurde.



Erfolgreiche Betriebsratswahlen

Die Betriebsratswahl in der ÖBB Infra AG im Jahr 2019 (rund 19.000 Wahlberechtigte) brachte der Liste FSG vida ein neues Rekordergebnis in Höhe von 96,6 Prozent (+ 1,5 Prozent im Vergleich zu 2015) ein. Die FSG vida-Listen haben im Jahr 2022 mit 90,35 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auch bei den Betriebsratswahlen in den Absatzgesellschaften des ÖBB-Konzerns (18.000 Wahlberechtigte) einen klaren Sieg errungen. Im Vergleich zum Ergebnis von vor fünf Jahren konnten sie bei den Betriebsratswahlen in den ÖBB-Konzernfirmen ÖBB Personenverkehr AG, ÖBB Rail Cargo Group, ÖBB Technische Services GmbH, ÖBB Produktion GmbH, ÖBB Holding AG, Business Competence



Center GmbH sowie bei BEXity Logistik um 3,32 Prozent zulegen. Aber auch in kleineren Betrieben wie etwa bei der Arbeiterbetriebsratswahl in der Firma Frankstahl in Guntramsdorf am 19. und 20. Oktober 2020 erreichte die Liste FSG vida bei einer Wahlbeteiligung von rund 96 Prozent fast 100 Prozent der gültigen Stimmen.

BT: ÖBB-Betriebsratswahl Absatzbereiche 2022

In den Pandemie-Jahren 2020 bis Anfang 2022 standen die Themen Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Schutz und Information der Beschäftigten vor Infektionen und Überlastung, vor allem der systemerhaltend Tätigen, im Vordergrund. Es galt auch Prämien für sie zu erreichen, weil sie Österreich am Laufen gehalten haben. Die Mitglieder der Gewerkschaft vida aus den Branchen Gesundheit, Pflege, Sanitätsbereich, Reinigung, Bewachung, Dienstleistungen, Tourismus und Gastronomie sowie Verkehr haben die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen besonders hart getroffen – sie hatten erhöhten Informations- und Beratungsbedarf.

Kurzarbeit rettet tausende Jobs

Schon im April 2020 lagen wir bei 5.000 abgeschlossenen Kurzarbeitsvereinbarungen. Täglich wurden es mehr, an Spitzentagen waren fast 1.000 solcher Sozialpartnervereinbarungen abzuschließen. Es war bemerkenswert, wie sich viele Betriebe in kürzester Zeit das notwendige Know-how angeeignet hatten, und so tausende Arbeitsplätze und Entgelte gemeinsam mit der Gewerkschaft und dem AMS in sozialpartnerschaftlicher Weise in der Krise gerettet werden konnten.

Veranstaltungen trotz Pandemie

In den vergangenen fünf Jahren hat die FSG vida auch zahlreiche Veranstaltungen über die Bühnen gebracht – pandemiebedingt waren die meisten davon Online-Veranstaltungen mit beratendem und informellem Charakter. Am 15. April 2021 war aber nicht nur Corona das beherrschende Thema. Unseren Alltag und die Medien beherrschte auch ein anderes wichtiges



politische Thema, nämlich der Ibiza-Untersuchungsausschuss. Da wir gezwungen waren, unsere physischen Kontakte einzuschränken, hielt die FSG vida ein neues Online-Format ab und konnte 280 Teilnehmer:innen dazu begrüßen: Hintergrundinformationen und tiefe Einblicke in einen der größten politischen Skandale der 2. Republik gab es bei unserer Veranstaltung von Kai Jan Krainer, Nationalratsabgeordneter und SPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-U-Ausschuss. Soweit dies wegen der Pandemie möglich war, hat die FSG vida auch wieder an den Donauinselfesten und Maiaufmärschen der SPÖ in Wien und in allen Bundesländern, die heuer ganz im Zeichen des Kampfes gegen die explodierende Teuerung standen, teilgenommen.

Kampf gegen die Teuerung

Mit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine Anfang 2022 und der in der Folge einsetzenden rasant ansteigenden Teuerung wurden alle fraktionellen Kräfte für den Kampf gegen die Inflation und für die Entlastung der Menschen gebündelt. Ab September haben wir wegen der hohen Preissteigerungen erfolgreich vorgezogene Sonder-KV-Verhandlungen für die Beschäftigten gefordert. Ziel war es, sich nicht mit nicht nachhaltigen Einmalzahlungen abspeisen zu lassen. Neben den teilweise mit Arbeitskämpfen und Warnstreiks erreichten nachhaltigen prozentuellen Lohnerrhöhungen wurden steuerfreie Teuerungsprämien bei den Lohnrunden nur obendrauf auf die nachhaltigen Reallohnerrhöhungen samt Teuerungs- ausgleich akzeptiert. Es waren harte Auseinandersetzungen, die sich vor allem auch für die Beschäftigten in den niedrigeren Einkommensbereichen ausgezahlt haben.

Absolutes Highlight ist dabei der KV-Abschluss für Arbeiter:innen auf österreichischen Flughäfen in Höhe von 18,06 Prozent. Der Einstiegslohn für Arbeiter:innen im Zuständigkeitsbereich der vida beträgt nun 2.525,26 Euro brutto. Zum Vergleich: Mit 1. Jänner 2023 betrug der Einstiegslohn noch 1.752,78 Euro brutto im Monat – das entspricht einer prozentuellen Steigerung um starke 44 Prozent. Unserem Ziel, in allen Niedrigentlohnbranchen 2.000 Euro-Bruttomindestlohn zu erreichen, sind wir generell ein gutes Stück nähergekommen – im Bewachungsgewerbe etwa wird dieser ab 1. Jänner 2024 bezahlt. Die Teuerung hält aber noch fast unvermindert an. Die Menschen leiden weiter, da die meisten Maßnahmen der Bundesregierung nur aus Einmaleffekten bestanden und die Inflation weiter angeheizt haben: Nach den Lohnverhandlungen ist daher schon wieder vor den Lohnverhandlungen!

fsgvida.at

Fraktionsvorsitzender:

Richard Köhler (seit Jänner 2021)

Helmut Köstinger (bis Dezember 2020)

Bundesgeschäftsführer:

Christian Decker (seit Jänner 2020)

Wolfgang Strauhs (bis Dezember 2019)

Die Grundwerte, denen wir uns verpflichtet fühlen, sind Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese historischen Begriffe haben nichts an Aktualität verloren. Unser Einsatz gilt Menschen und nicht Profiten. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander – egal, ob es um unsere Gesundheitsversorgung, das Pensionssystem oder Steuergerechtigkeit geht.

Zukunft gestalten, Solidarität erleben

Privatisierungen von öffentlichem Eigentum lehnen wir ab, denn wichtige Infrastrukturen, wie z. B. die Post, müssen allen Menschen in Österreich zur Verfügung stehen.

Gewerkschaftliches Arbeiten bedeutet immer eine Auseinandersetzung mit Interessensgegensätzen. Wir stehen dabei klar an der Seite der Arbeitnehmer:innen, ganz gleich, ob sie Angestellte, neue Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte, Lehrlinge, atypisch Beschäftigte, Leiharbeiter:innen, Arbeitslose oder Pensionistinnen und Pensionisten sind. Jährliche Kollektivvertragsverhandlungen und politische Interessenvertretung gehören zu den Hauptaufgaben der FSG-Funktionärinnen und -Funktionäre in der Gewerk-



schaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF). Zumindest genauso wichtig ist uns die direkte Arbeit für unsere Gewerkschaftsmitglieder. Sie erwarten zu Recht, dass ihre Ansprechpartner:innen in der Gewerkschaft jederzeit für sie persönlich da sind. Wir sind überzeugt, dass mit gewerkschaftlicher Arbeit auch heute noch Veränderungen durchsetzbar sind.

Miteinander möglich machen; eine starke Bewegung

In einer Gewerkschaft aktiv zu sein heißt für uns, zu einer großen, starken Gemeinschaft zu gehören. Die FSG in der GPF bekennt sich zu einem überparteilichen ÖGB und zur sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer:innen- und Arbeitgeber:innenvertretungen.

Die Arbeitswelt aktiv mitzugestalten ist unser täglicher Anspruch. Wir geben Stellungnahmen zu neuen Gesetzen ab und bringen eigene inhaltliche Vorschläge ein. Als eine der wichtigsten laufenden Aufgaben sehen wir die Erhaltung und Absicherung von Arbeitsplätzen.

Der Kampf gegen den Ausverkauf österreichischer Infrastrukturunternehmen prägte die Arbeit der FSG der GPF in den vergangenen Jahren. Für die FSG ist aber auch klar, dass gewerkschaftliches Engagement nicht nur auf die unmittelbare berufliche Situation der Menschen beschränkt sein darf. Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich wichtigen Themen, wie zum Beispiel Digitalisierung, Globalisierung, Umweltschutz oder Menschenrechte, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.



FSG bei der Gewerkschaftswahl stärkste Kraft

Die Gewerkschaftswahl von 25. bis 27. September 2018 brachte eindeutige Ergebnisse bei einer Wahlbeteiligung von rund 69,72 Prozent der wahlberechtigten Mitglieder. Die FSG erreichte 68,7 Prozent. Auf die christlichen Gewerkschafter:innen (FCG) entfielen 28,9 Prozent. Die Unabhängigen Gewerkschafter:innen (UG) erreichten 1,6 Prozent. Der gewerkschaftliche Linksblock (GLB) kam auf 0,8 Prozent.

Die Personalvertretungswahl 2018 brachte folgendes Ergebnis:

Bei der Post hält die FSG bei 55,24 Prozent, die FCG erreichte 41,49 Prozent, die Freiheitlichen Arbeitnehmer:innen Post 2,07 Prozent und die Unabhängigen Gewerkschafter:innen 1,11 Prozent.

Beim Telekom-Ergebnis votierten die Mitglieder für die FSG mit 58,32 Prozent und für die FCG entschieden sich 31,89 Prozent, für die UNITED 9,79 Prozent. Im Zentralausschuss A1 Telekom verteilen sich die Mandate im Verhältnis 5 (FSG) zu 2 (FCG).

Beim Postbus kam die FSG auf 100 Prozent.

Neubesetzung der FSG-Spitze

Christian Decker wurde mit Jänner 2020 zum Bundesgeschäftsführer bestellt. Richard Köhler wurde mit Wirksamkeit Jänner 2021 zum gf. FSG-Vorsitzenden in der Gewerkschaft bestellt. Mit November 2022 wurde er zum Vorsitzenden im Post-Zentralausschuss als Nachfolger von Helmut Köstinger gewählt. Mit viel Engagement und Einsatz kämpfen beide mit ihrem Team für Verbesserungen für die Arbeitnehmer:innen.



fsgpost.at

facebook.com/fsgpostnews

Fraktionsvorsitzender: **Roman Goach**

Fraktionssekretär:

Reinhold BINDER (seit August 2021)

Manfred ANDERLE (bis Juli 2021)

Unsere Stärke in den Betrieben

Der Anteil der Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die sich zur FSG bekennen, hat per 31. Dezember 2022 den höchsten Stand seit Gründung der Produktionsgewerkschaft PRO-GE erreicht: 73,3 Prozent. In den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien ist der Fraktionsanteil sogar noch höher. Auch im Bereich der Jugendvertrauensrätinnen und Jugendvertrauensräte liegt der FSG-Anteil bei 69,2 Prozent – Spitzenreiter ist hier das Bundesland Salzburg mit 92,9 Prozent.

Zu unserer täglichen Arbeit gehört es, die Betriebsrätinnen bzw. Betriebsräte und Jugendvertrauensrätinnen bzw. Jugendvertrauensräte bei ihren Aufgaben in den Betrieben mit Informationen, Beratung und vielem mehr zu unterstützen. Insbesondere im Zuge von Betriebsratswahlen steht für FSG-Listen ein umfassendes Serviceangebot zur Verfügung. Das haben wir auch im Berichtszeitraum, trotz zeitweiser erschwelter Bedingungen, konsequent getan.

Der ÖGB hat gemeinsam mit den Fachgewerkschaften im Jahr 2021 die Kampagne „Sei du die starke Stimme“ ins Leben gerufen. Ziel der Kampagne war die Neugründung von BR- und JVR-Körperschaften. Im Bereich der Gewerkschaft PRO-GE wurden bislang 38 Neugründungen erfasst, die sich auf diese Kampagne zurückführen lassen. Die FSG/PRO-GE hat die Kampagne aktiv unterstützt und es ist daher gelungen, dass sich viele Betriebsratsmitglieder in neu organisierten Betrieben bereits von Beginn ihrer Tätigkeit an zur FSG bekennen.



Unsere Stärke in Kammern und Parlament

Die AK-Wahl 2019 brachte teilweise fulminante Ergebnisse für die FSG und die FSG/PRO-GE hat mit voller Kraft an dieser Wahlbewegung mitgewirkt. Fünf der sieben sozialdemokratischen Kammerpräsidentinnen bzw. Kammerpräsidenten entstammen der PRO-GE. Im Nationalrat sind eine Reihe sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen vertreten, die meisten von ihnen kommen wiederum aus den Reihen der PRO-GE.

Erfolge erreichen und verteidigen

Zweimal in den vergangenen Jahren wurden im „freien Spiel der Kräfte“ im Parlament wesentliche Verbesserungen für Arbeiter:innen auf den Weg gebracht – immer unter maßgeblicher Beteiligung der genannten Abgeordneten.

Im Jahr 2017 wurde im „freien Spiel der Kräfte“ die Angleichung der Kündigungsfristen von Arbeiterinnen bzw. Arbeitern und Angestellten beschlossen. Diese sollte am 1. Jänner 2021 in Kraft treten. Aufgrund der Corona-Krise und den damit verbundenen wirtschaftlichen Unsicherheiten wurde mit breiter Mehrheit eine Verschiebung der Angleichung auf den 1. Juli 2021 beschlossen. Bereits im März 2021 zeichnete sich jedoch ab, dass die Arbeitgeber:innen auf eine weitere Verschiebung drängen. Deutlich wurde dies unter anderem bei einzelnen Kollektivvertragsverhandlungen, wo Zugeständnisse bei den Kündigungsfristen eingefordert wurden, um einen Abschluss zu erzielen: Die Arbeitgeber:innen hatten sich offensichtlich zum Ziel gesetzt, möglichst viele Branchen als Saisonbranchen zu definieren, da dies Ausnahmen bei den Kündigungsfristen ermöglicht. Die FSG/PRO-GE hat über ihre Funktionärinnen bzw. Funktionäre Aufklärungsarbeit geleistet und konnte so in vielen Branchen die Zuordnung als Saisonbranche verhindern. Mit Regierungsmehrheit wurde Juni 2021 – wiederum unter dem Vorwand der Pandemie – eine weitere Verschiebung der Kündigungsfristen beschlossen. Am 1. Oktober 2021 trat die Angleichung der Kündigungsfristen für Arbeiter:innen und Angestellte nach 100 Jahren des mühsamen Ringens endlich in Kraft.





Im Jahr 2019 wurde im „freien Spiel der Kräfte“ die Abschaffung der Pensionsabschläge nach 45 Arbeitsjahren beschlossen. Sowohl in den Jahren 2020 als auch 2021 konnten jeweils rund 10.000 Kolleginnen bzw. Kollegen nach einem langen Arbeitsleben in Pension gehen, ohne mit lebenslangen Abschlägen von durchschnittlich 300 Euro pro Monat bestraft zu werden. Trotz einer breit angelegten Kampagne der PRO-GE in den Jahren 2020 und 2021, federführend getragen von den Funktionärinnen bzw.

Funktionären der FSG/PRO-GE, hat die türkise Bundesregierung in einer parlamentarischen Nacht- und Nebelaktion diese Abschläge per 1. Jänner 2022 wieder eingeführt. Unser Bestreben ist es weiterhin, dass unsere Kolleginnen bzw. Kollegen nach 45 Arbeitsjahren wieder abschlagsfrei in Pension gehen können und wir werden jeden dazu notwendigen Beitrag leisten, um dieses Ziel umzusetzen.

Bildungsarbeit

Im Berichtszeitraum fand eine Reihe von zweitägigen Workshops mit Expertinnen bzw. Experten und Funktionärinnen bzw. Funktionären auf Regional-, Landes- und Bundesebene statt, die sich folgenden Themen widmeten: Sichere Pensionen, Arbeitsplatz und Klima, Produktionspolitik, Arbeit – Gesundheit/Ausbildung/Digitalisierung, Betriebsrat der Zukunft, Gewerkschaft der Zukunft, Corona & Entsolidarisierung der Arbeitnehmer:innen-Bewegung, Sozialstaat, Zukunft Kollektivvertrag, Gewerkschaft und Politik – Fraktionsarbeit.



BUNDESLÄNDER







Landesfraktionsvorsitzender: **Erich Mauersics**
Landesfraktionssekretär: **Andreas Rotpuller**

AK-Wahl 2019

Die FSG hat mit einem Team aus 100 Kandidatinnen und Kandidaten mit zahlreichen Betriebsbesuchen, Kaffeemobil-Aktionen, Kick-off-Veranstaltungen, Plakaten und Foltern eine gewaltige Kraftanstrengung unternommen, um auf die Wahl und ihre Inhalte aufmerksam zu machen.

Der Wahlerfolg für die FSG ermöglichte weiterhin sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik in der Arbeiterkammer. Die FSG kam auf 72 Prozent der Stimmen und erreichte somit das zweitbeste Ergebnis seit 60 Jahren und stellte den Präsidenten, drei Vizepräsidenten und sieben von acht Vorstandsmitglieder. 60 Prozent der Wähler:innen haben im Burgenland ihre Stimme in einem Betriebssprengel abgegeben. Nur 30 Prozent haben per Briefwahl gewählt.

25 Neugewinnungen von FSG-Betriebsratskörperschaften

Mit dem gemeinsamen Einsatz und einer erfolgreichen Betriebsratskampagne konnte zwischen 2018 und 2023 die Gründung 25 neuer Betriebskörperschaften erreicht werden.

FSG im Gespräch mit dem Landeshauptmann

Rund 150 Gewerkschafter:innen, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Personalvertreter:innen und Jugendvertrauensrätinnen bzw. Jugendvertrauensräte trafen sich in Eisenstadt, um mit dem Landeshauptmann ins Gespräch zu kommen. Sie diskutierten auf Augenhöhe Themen wie Mindestlohn, öffentlicher Verkehr, Pflege, Gratiskindergarten und Gesundheit.

FSG-Frauen – Verteilaktion

Jedes Jahr rund um den internationalen Frauentag sind die Frauen der FSG in Burgenlands Betrieben unterwegs, um gemeinsam mit den Betriebsrätinnen 10.000 süße Brioche in Form eines Frauenzeichens an die Arbeitnehmerinnen zu verteilen. Dabei fordern die FSG-Frauen Chancengleichheit in allen Lebenslagen.



Verteilaktion der FSG-Frauen: 10.000 süße Brioche in Form eines Frauenzeichens

Verteilaktion Ostereier

In den Wochen vor Ostern verteilte die FSG-Burgenland im Zeitraum von 2019–2023 rund 176.000 rote Ostereier und Flugblätter an Arbeitnehmer:innen in den Betrieben und an Beschäftigte im Handel, um Danke zu sagen und um aktuelle Forderungen und Zielsetzungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu thematisieren.

Verteilaktion Schokolade zu Weihnachten

Die FSG bedankte sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Betriebsrätinnen bzw. Betriebsräten für deren Einsatz in einer von der Coronavirus-Pandemie geprägten Zeit. Im Zeitraum von 2019–2022 wurden 110.000 Schokolade-Weihnachtsmänner verteilt.

FSG-Bezirksfeier Neusiedl – Frühshoppen zum 1. Mai

Nach einer coronabedingten Pause fand 2022 wieder die FSG-Bezirksfeier Neusiedl am See statt. Trotz Regenwetters folgten rund 1.000 Gäste der Einladung zum Frühshoppen am 1. Mai nach St. Andrä am Zicksee.



FSG-Bezirksveranstaltungen

In den Region Güssing/Jennersdorf wird jährlich zum Grillabend als Dankeschön an alle Funktionärinnen und Funktionäre eingeladen. Auch der Bezirk Neusiedl am See lädt jährlich zum „Smokers Grillabend“.

FSG-Regionalgremien

In den Regionen Neusiedl, Eisenstadt/Mattersburg, Oberwart/Oberpullendorf sowie Güssing/Jennersdorf wurde jeweils der neue FSG-Regionalvorstand gewählt. Im Februar 2023 übernahm in der Region Eisenstadt/Mattersburg Beatrix Wagner den FSG-Vorsitz.

FSG-Landeskonferenz

Bei der FSG-Landeskonferenz am 21. Mai 2022 im Weingut Scheiblhofer in Andau wurde ein neues Gremium gewählt und Themenschwerpunkte und Zielsetzungen für die kommenden fünf Jahre festgelegt. Erich Mauersics wurde einstimmig zum FSG-Landesvorsitzenden wiedergewählt, stellvertretend sein Team, bestehend aus Manuel Sulyok, Michael Mohl, Bernd Weiß, Mathias Rehrl, Doris Handler und Dietmar Ferstl.



facebook.com/FSGBurgenland



Landesfraktionsvorsitzender: **Günther Goach**
Landesfraktionssekretär: **Georg Steiner**

Wer kennt es nicht? Anforderungen, Bedarf an Know-how und Zeitmangel in deiner Arbeit steigen stetig. Täglich kommen neue Anfragen hinzu und der Berg an unbearbeiteten Anliegen wächst weiter. Allein kann das nicht mehr bewältigt werden.

*Und genau hier setzt das gemeinsame Projekt der FSG Kärnten und SPÖ Kärnten **GEMEINSAM: MITEINANDER: ERFOLGREICH!** – kurz GME genannt. Es bietet ein innovatives Serviceangebot, mit dem man aus einer breiten Palette wählen kann. Das ist wichtig, damit wir unsere Leistungen für die Kärntner:innen auch sichtbar machen.*

Seit dem Startschuss im Jahr 2012 wurden unsere Angebote und Netzwerke stetig erweitert, um so die bestmögliche Serviceleistung garantieren zu können. Mittlerweile ist GME zu einem fixen Bestandteil geworden und dient auch zwei Mal jährlich als Informationsnetzwerk für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Im Zuge der Nationalrats-, Landtags-, EU sowie Gemeinderats- und Bürgermeister:innenwahlen wurden in allen Bezirken Informationsveranstaltungen mit den Kandidatinnen und Kandidaten durchgeführt. So konnten sich die Kolleginnen und Kollegen bei 36 Bezirksveranstaltungen, welche seitens der FSG-Kärnten organisiert und referiert wurden, direkt ein Bild ihrer Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort machen und mit ihnen über aktuelle Themen diskutieren.

*Und so
funktioniert GME:*



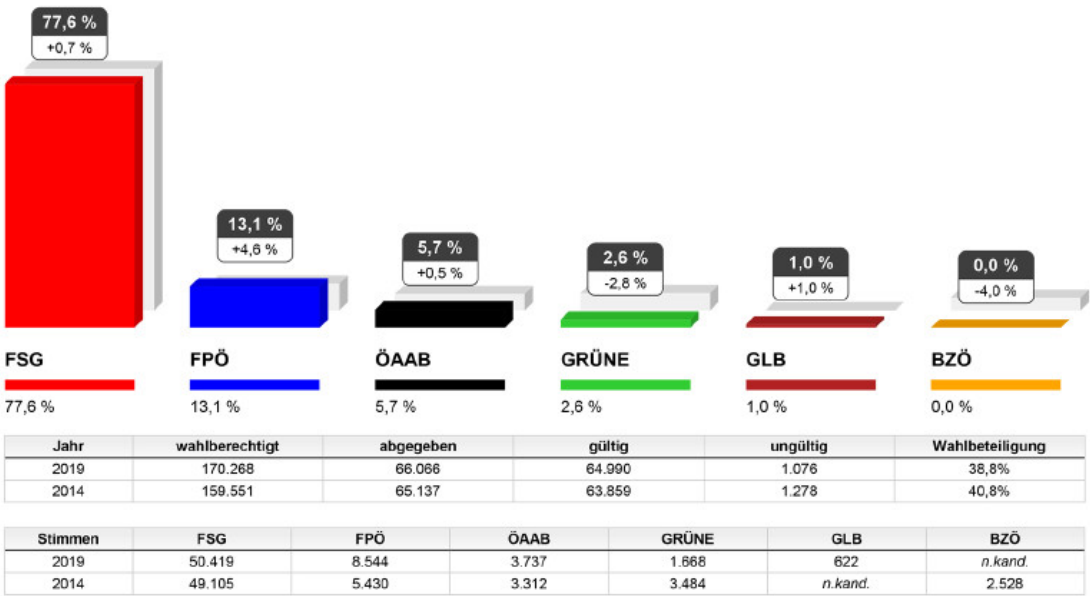
Der rote Faden:



Der Erfolg setzte sich auch bei den AK-Wahlen fort. Mit überwältigenden 77,6 Prozent der Stimmen gewann FSG-Spitzenkandidat Günther Goach die Wahl 2019 in Kärnten. Das Ergebnis war ein mehr als deutlicher Vertrauensbeweis in die Arbeit von Günther Goach und seinem Team.

„Es liege in der Natur der Sozialdemokratie, sich nicht auf Erfolgen auszurufen, sondern mit Tempo für die Menschen weiterzuarbeiten. Jede und jeder Arbeitslose, jede und jeder an Armut Leidende ist eine, ist einer zu viel. Nur miteinander, nicht gegeneinander, können wir Kärnten aus der Krise führen!“

Günther Goach





Fotos: Thomas Hude

Bei der FSG-Landeskonferenz 2022 wurde Günther Goach als FSG-Landesvorsitzender wiedergewählt. Als einer seiner Stellvertreter fungiert René Willegger, welcher am 7. Mai 2022 zum neuen ÖGB-Landesvorsitzenden gewählt wurde. Willegger folgte in dieser Funktion Hermann Lipitsch nach, der nach 14 Jahren nicht mehr kandidierte.

kaernten.spoe.at/fsg-kaernten

NIEDERÖSTERREICH



Landesfraktionsvorsitzender: **René Pfister**

Landesfraktionssekretär:

Linda Keizer (seit Oktober 2021)

Christian Farthofer (bis September 2021)

Fünf herausfordernde Jahre haben wir als FSG Niederösterreich hinter uns. Neben einigen Wahlen wie zum Beispiel Landtagswahl, Nationalratswahl und Arbeiterkammerwahl hatten wir mit den vielen Ereignissen in der Politik zu kämpfen. Seit der letzten Bundesfraktionskonferenz hatten wir mit vielen Angriffen gegen die Arbeitnehmer:innen und einigen Krisen zu tun. Alles begann mit einer türkis-blauen Bundesregierung, die nach einem noch immer nicht zfassenden Skandal endete und einer darauffolgenden türkis-grünen Bundesregierung mit stetigen Wechseln nach unzähligen Verfehlungen. Zudem mussten wir auch mit einer Coronakrise, die das ganze Land lähmte und aus den Fugen riss, kämpfen. Wäre das nicht schon genug gewesen, folgte auch noch ein Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine. Der schreckliche Krieg, der leider noch immer anhält, ließ die Energiepreise



noch zusätzlich in die Höhe schnellen, sodass wir noch immer mit einer hohen Inflation zu kämpfen haben. Doch wir wären nicht sozialdemokratische Gewerkschafter:innen, wenn uns das alles aufhalten würde. Deshalb haben wir uns dagegengestemmt und die meisten Hürden beseitigen oder zumindest abschwächen können.

Viele Aktionen konnten gesetzt werden. Es gab zahlreiche Grillfeste, wo FSG-Niederösterreich-Vorsitzender René Pfister mit zahlreichen Teilnehmenden in Kontakt trat. Jährliche FSG-Klausuren wurden abgehalten, in denen viele Aktionen geplant und innovative Beschlüsse erarbeitet wurden.

Sensationelles FSG-Ergebnis bei AK-Wahl

Bei der AK Wahl wurde ein sensationelles FSG-Ergebnis erreicht. Unser Spitzenkandidat Markus Wieser ging jeden Mittwoch in ganz Niederösterreich auf Tour. Hunderte Betriebe wurden so die letzten Jahre besucht. Dabei zeigte sich, dass neben einem hervorragenden Kandidaten viele Kolleginnen und Kollegen für die FSG brennen. Ebenso war unser FSG-Bus ständig im ganzen Bundesland unterwegs, um Beschäftigte zu informieren, wofür die FSG Niederösterreich steht.



Großer Zuspruch bei „Preise runter!“-Demo

Außerdem wurde eine große Demonstration zum Thema „Preise runter!“ organisiert, welche von unzähligen FSG-Anhängerinnen und FSG-Anhängern unterstützt wurde. Wenn man dazu beachtet, dass es in der Mitte der Periode einen Wechsel in der FSG Niederösterreich gab und 2021 Linda Keizer als neue FSG-Geschäftsführerin die Agenden übernahm, noch dazu mit vielen neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, waren die vergangenen Jahre eine hervorragende Bilanz für die FSG Niederösterreich.

Rückblickend können wir auf fünf schwere und herausfordernde Jahre, aber auch auf fünf sehr erfolgreiche Jahre zurückblicken. Die FSG Niederösterreich hat bewiesen, wie wichtig sie für die Arbeitnehmer:innen in Niederösterreich ist und wird dies auch in Zukunft weiter zeigen.



fsgnoe.at

facebook.com/FsgNiederoesterreich

OBERÖSTERREICH



Landesfraktionsvorsitzender:

Michael Seemayer (seit Mai 2022)

Andreas Stangl (bis Mai 2022)

Landesfraktionssekretär:

Daniel Mühlböck (seit Mai 2023)

Stefan Guggenberger (April 2020 bis April 2023)

Walter Haberl (bis September 2021)

AK-Wahl 2019

Im Zuge des Wahlkampfes zur Arbeiterkammerwahl 2019 fanden in drei Wellen wieder in jeweils rund 800 organisierten Betrieben Verteilaktionen an die dort Beschäftigten statt. Unsere intensiven Anstrengungen wurden mit einem fulminanten Wahlergebnis belohnt. Mit einem Anteil von 71,01 Prozent konnte die FSG voll überzeugen. Im Rahmen der Verleihung der Richard-Bernaschek-Nadel wurden wieder langjährige Betriebsrätinnen bzw. Betriebsräte und Personalvertreter:innen, die im Sinne der Sozialdemokratie für Arbeitnehmer:innen tätig sind, geehrt.



Außerordentliche FSG-Landeskonferenz

In der außerordentlichen FSG-Landeskonferenz am 3. Mai 2022 wurde als neuer Vorsitzender Michael Seemayer gewählt. Er folgt Andreas Stangl nach, der bei der außerordentlichen ÖGB-Landeskonferenz zum ÖGB-Vorsitzenden gewählt wurde.





RedFriday

Am Jahresbeginn 2023 wurde erstmals der RedFriday-Empfang für Betriebsrätinnen und Betriebsräte und roten VIPs organisiert. Bei einer gemütlichen Stockpartie, Dart schießen und einem Schätzspiel zum Thema Teuerung konnten sich die Roten vernetzen und austauschen. 150 Kolleginnen und Kollegen folgten dieser Einladung bei doch noch sehr kalten Temperaturen.

Ausblick AK-Wahl 2024

Derzeit befinden wir uns bereits in der intensiven Vorbereitung zur AK-Wahl. Themen werden uns derzeit genug vorgegeben. Ob es die Nachwehen der schwierigen Corona-jahre oder die massive Teuerung, die das Leben der Arbeitnehmer:innen schwer belastet, sind, wir werden wieder um die erworbenen Rechte der Arbeitnehmer:innen kämpfen. Die erste Welle der Charme-Offensive wurde bereits im Juni 2022 durchgeführt. Dabei wurden wieder 174.000 Stück Grillgewürze in über 800 Betrieben verteilt.

Ordentliche FSG-Landeskonferenz

Am 13. April 2023 fand in der Kürnberghalle in Leonding die ordentliche Landeskonferenz der FSG Oberösterreich statt. Dabei wurde Michael Seemayer mit 98,88 Prozent der Stimmen als Vorsitzender bestätigt. Neben ihm gehören künftig Andreas Stangl, Andreas Brich, Albert Brunner, Wolfgang Gerstmayer, Christine Heitzinger, Christian Jedinger und Jonas Maureder dem FSG-Präsidium an.



oberoesterreich.fsg.at

facebook.com/fsgooe

SALZBURG



Landesfraktionsvorsitzender:

Michael Huber (seit Oktober 2022)

Peter Eder (März 2020 bis Oktober 2022)

Gerald Forcher (bis März 2020)

Landesfraktionsgeschäftsführer: **Georg Djundja**

Im Oktober 2022 wurde Michael Huber als Nachfolger von Gerald Forcher zum FSG-Landesvorsitzenden gewählt, nachdem AK-Präsident Peter Eder interimistisch die FSG Salzburg in der Zeit des Übergangs geführt hat. Michael Huber hat Rechtswissenschaften in Salzburg studiert und ist Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft GPA. Er ist 38 Jahre alt, lebt in Salzburg mit seiner Partnerin und ist Vater von zwei Töchtern.



Inhaltlicher Austausch und Vernetzung

In der neuen Ära wurde Bewährtes beibehalten und Neues eingeführt: Der regelmäßige inhaltliche Austausch der FSG-Funktionärinnen und -Funktionäre und FSG-Mitarbeiter:innen der Gewerkschaften steht bei der täglichen Arbeit im Mittelpunkt. Mit regelmäßigen FSG-Vernetzungstreffen, zu der unter anderem die FSG-Vorsitzenden der Gewerkschaften eingeladen sind, wird dieses Ziel erreicht.



Team der FSG-Landesgeschäftsstelle: Georg Djundja, Mike Huber, Patrick Heinrich



Beim bewährten 1. Mai-Fest, das sich nach wie vor größter Beliebtheit erfreut, beim FSG-„Silvesterbrunch“ als auch bei FSG-Treffen der Betriebsrätinnen und Betriebsräte stehen das Vernetzen und der Austausch im Vordergrund.

Bei der neu eingeführten Diskussionsreihe „Talk im Turm“ lädt die FSG-Referentinnen und -Referenten ein, um aktuelle Inhalte zu erörtern. Als ersten Referenten konnte Nationalratsabgeordneter Kai-Jan Krainer gewonnen werden, welcher aus den Untersuchungsausschüssen berichtete.

Kommunikationsstrategie

Über Presseaussendungen, die FSG-Mitgliederzeitschrift „freundschaft“, Facebook, Newsletter und zahlreiche Veranstaltungen werden die Anliegen und tagespolitischen Auffassungen der FSG Salzburg strategisch und geordnet zu den Mitgliedern und in die Salzburger Bevölkerung kommuniziert. Dabei werden inhaltliche Schwerpunkte erörtert, mit befreundeten Organisationen abgeglichen und strategisch aufbereitet.

Inhaltliche Schwerpunkte

Die Corona-Politik, Teuerung und Inflation sowie die Arbeitsmarktsituation sind aktuelle Schwerpunktthemen der FSG. Im Zusammenspiel mit der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften zeigte die FSG die Schieflagen im Bundesland Salzburg auf und fordert die Salzburger Landesregierung zum aktiven Handeln auf. Gerade in diesen herausfordernden und krisengebeutelten Zeiten braucht es mehr denn je eine starke FSG. Es braucht mehr denn je starke Gewerkschaften und eine starke Vertretung für alle Arbeitenden in unserem Bundesland.

Vorbereitungen

AK-Wahl 2024

Die FSG Salzburg steht mitten in den strategischen und inhaltlichen Vorbereitungen zur AK-Wahl 2024. Mit dem von der FSG entsandten AK-Präsidenten und ÖGB-Landesvorsitzenden Peter Eder (FSG) hat die Salzburger Arbeitnehmer:innenvertretung eine starke Persönlichkeit, welche im gesamten Bundesland bekannt ist.

In Salzburg stellt die FSG als stärkste Fraktion in der Arbeiterkammer-Vollversammlung den Arbeiterkammer-Präsidenten. Im Frühjahr 2018 übernahm Peter Eder von Siegfried Pichler das Amt des Salzburger AK-Präsidenten. Bei den AK-Wahlen 2019 trat Peter Eder dann auch als Spitzenkandidat des FSG-Teams an. Salzburgs Arbeitnehmer:innen sprachen sich wieder deutlich für eine sozialdemokratisch geführte AK aus und honorierten den engagierten Einsatz der FSG mit Peter Eder an der Spitze mit einem äußerst erfreulichen und deutlichen Ergebnis.

fsg-salzburg.at

facebook.com/FSG.Salzburg





Landesfraktionsvorsitzender: **Klaus Zenz**

Landesfraktionssekretär: **Wolfgang Waxenegger**

In den Berichtszeitraum fallen viele bundespolitische und weltpolitische Ereignisse, die starke Auswirkungen auf die Arbeit der steirischen FSG gehabt haben – unter anderem die Ibiza-Affäre, die Coronavirus-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Auf gewerkschaftlicher Ebene wiederum hat es an konkreten Themen ebenso nicht gemangelt. 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche, das unwürdige Vorgehen rund um den Karfreitag als Feiertag, der Wegfall der Hacklerregelung, Steuererleichterungen für Superreiche, Überförderungen von Großunternehmen, der Kampf gegen die Teuerung – das sind alles Beispiele dafür, warum es ein Schaden für die Arbeitnehmer:innen ist, wenn die Sozialdemokratie nicht in der Bundesregierung vertreten ist. In all diesen Fällen hat auch die FSG Steiermark ihre Stimme für die Arbeitnehmer:innen erhoben und Protestaktionen entscheidend mitgestaltet.

Zwei Ereignisse ragen hier besonders heraus, die auch für den Einsatz unserer Fraktion beispielhaft sind: Die Betriebsrätekonferenz in der übervollen steirischen Arbeiterkammer im Frühsommer 2018, die den Protest gegen den 12-Stunden-Tag eingeläutet hatte, und die große „Preise runter!“-Demonstration im Herbst 2022 in Bruck an der Mur.



FSG-Landesvorsitzender Klaus Zenz
und FSG-Landessekretär Wolfgang Waxenegger





Arbeiterkammerwahlen 2019

Bei den AK-Wahlen gelang der FSG in der Steiermark ein eindrucksvoller Erfolg. Die Sozialdemokratischen Gewerkschafter:innen konnten 64,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und haben im Vergleich zum Jahr 2014 um starke 6,7 Prozent zugelegt. Die AK-Vollversammlung hat nach diesem Wahlergebnis den Wahlsieger Josef Pessler als Präsidenten wiedergewählt. Der Wahlsieg brachte es mit sich, dass die FSG nunmehr alle Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten stellen kann, es sind dies die Genossen und Genossen Gernot Acko, Patricia Berger, Franz Endthaler und Alexander Lechner.

Konferenzen 2022

Im Vorfeld zur Landeskonzferenz 2022 wurden die fraktionellen Bezirks- und Regional-konferenzen durchgeführt. Diese Konferenzen mussten coronabedingt im Online-Modus stattfinden, erst die Landeskonzferenz am 9. Juni war wieder in Präsenz möglich. Bei der Landeskonzferenz stand das Thema Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund. Vorsitzender Klaus Zenz wurde in seinem Amt bestätigt und errang mit 99,2 Prozent Zustimmung ein eindrucksvolles Ergebnis. Seine Stellvertreter:innen sind Gernot Acko, Sylvia Ippavitz, Eveline Köberl, Wilhelm Kolar, Andreas Linke, Gerlinde Platzer, Andreas Martin und Gerhard Rupp.

Ausblick

Nach den erfolgreichen Konferenzen traf sich die FSG Steiermark bereits im Herbst 2022 zu einer Präsidiumsklausur, um über künftige Arbeitsschwerpunkte in der neuen Funktionsperiode 2022 bis 2027 zu diskutieren.

Eine wesentliche Aufgabenstellung, welche im Frühjahr 2024 auf die FSG Steiermark zukommt, sind natürlich die kommenden Arbeiterkammerwahlen. Wir werden mit ganzer Kraft daran arbeiten, für die FSG Steiermark ein gutes Ergebnis im Sinne der steirischen Arbeitnehmer:innen zu erzielen.

fsg-stmk.at

facebook.com/fsgsteiermark

Landesfraktionsvorsitzender:

Bernhard Höfler (seit Dezember 2019)

Stephan Bertel (September 2018 bis Dezember 2019)

Christian Hauser (bis September 2018)

Landesfraktionsvorsitzender:

Michael Huber (seit Oktober 2022)

Der Berichtszeitraum war von einigen innenpolitischen Skandalen geprägt. Der Ibiza-Skandal 2019, die Chat-Affäre 2021, die landespolitische Affäre rund um Ischgl 2020 und HG-Pharma 2021, das Chaos um die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie und nunmehr die russische Invasion in der Ukraine – Österreich hat schon ruhige politische Zeiten erlebt.



Gerade durch die jetzige massive Teuerungswelle kann jede und jeder in Österreich erkennen, dass es nicht egal ist, wer in der Politik den Gestaltungsauftrag erhalten hat. Deshalb braucht es dringend mehr sozialdemokratische, eine innovative und zukunftsorientierte Politik. Der Fokus der FSG Tirol liegt ganz klar darauf, den Einfluss von Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmer:innen der FSG in der Politik, aber vor allem im ÖGB und der Tiroler Arbeiterkammer nachhaltig zu festigen und auszubauen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, hat sich die FSG Tirol inhaltlich, strukturell und personell in den vergangenen Jahren neu aufgestellt.



FSG-Landesgeschäftsführer Benjamin Praxmarer und FSG-Landesvorsitzender Bernhard Höfler (von links)

Organisatorische Struktur

Dank der guten Zusammenarbeit mit der FSG-Bundesorganisation ist die finanzielle Grundstruktur der FSG Tirol langfristig gesichert. Laufende Personalkosten konnten stark reduziert werden. Das punktuelle Heranziehen von externen Dienstleisterinnen und Dienstleistern für themenspezifische Herausforderungen sowie die professionelle Fokussierung auf digitale Plattformen waren notwendig. Darüber hinaus gab es jede Menge Klausuren, bei denen die zukünftig abgestimmte und organisatorische Zusammenarbeit mit allen Funktionärinnen und Funktionären der FSG Tirol offen diskutiert und vereinbart wurde.

Inhaltliche Neuaufstellung

Bestandteil der Klausuren war auch die inhaltliche Neuaufstellung der FSG Tirol. In mehreren Workshops wurde unter Beteiligung aller Gewerkschaften das 162-seitige FSG-Zukunftspapier erarbeitet, welches bei der FSG-Landeskonferenz am 21. Mai 2022 beschlossen wurde. Die Inhalte werden zentraler Bestandteil aller Wahlauseinandersetzungen der kommenden fünf Jahre sein.

Zentrale Themen sind dabei:

- *Moderne Arbeitszeitmodelle – Die Arbeit lebenswert gestalten.*
- *Sozialstaat der Zukunft – Die soziale Sicherheit für alle gewährleisten.*
- *Bildung für alle – Die Bildung für alle leistbar, zugänglich und individuell angepasst ermöglichen.*
- *Digitalisierung als Chance – Die Digitalisierung als Chance und nicht als Gefahr sehen.*
- *Solidarisch fair verteilen – Dem Wohlstand Spielregeln geben.*
- *Integration ist Zukunft – Die Integration als Zukunft betrachten. Der Prozess wurde auch in elf Sitzungen des FSG-Landesvorstandes und in 16 Sitzungen des FSG-Landespräsidiums begleitet.*

Personelle Struktur & Wahlen in der FSG Tirol

Nach dem Rücktritt von Christian Hauser fand am 14. September 2018 eine außerordentliche FSG-Landeskonferenz im KIWI in Absam statt. Stephan Bertel wurde zum neuen FSG-Landesvorsitzenden im ÖGB gewählt. Im Dezember 2019 übernahm der Landesvorsitzende der FSG in der AK, Bernhard Höfler, auch den FSG-Landesvorsitz im ÖGB.

Weitere personelle Weichenstellungen gab es auch in den vier FSG-Regionen Tirols. Im November 2021 wurde Reinhold Happ erneut zum Innsbrucker FSG-Regionalvorsitzenden gewählt, in der Region Oberland übernahm Markus Schleich zum ersten Mal den FSG-Regionalvorsitz. Während im Unterland Patrik Tirof als Regionalvorsitzender in der FSG und auch im ÖGB bestätigt wurde, übernahm Andreas Prentner den FSG-Vorsitz in der Region Osttirol.

Astrid Kraxner erklärte sich im Jahre 2021 bereit, den Tiroler FSG-Landesfrauenvorsitz geschäftsführend zu übernehmen. Am 8. März 2022, dem Internationalen Weltfrauentag, fand die FSG-Landesfrauenkonferenz im ÖGB-Haus in Innsbruck statt. Dabei wurde Astrid Kraxner mit 100 Prozent Zustimmung als neue FSG-Landesfrauenvorsitzende gewählt. Mit Sonja Föger-Kalchschmied folgte im ÖGB auch eine sozialdemokratische Gewerkschafterin der scheidenden ÖGB-Frauenvorsitzenden Karin Brennstei-
ner nach.



Der ÖGB Tirol bleibt auch somit weiterhin in der Hand der FSG. Alle Wahlen der ÖGB-Regionen und ÖGB-Abteilungen, die zwischen November 2021 und März 2022 stattfanden, wurden erfolgreich von FSG-Kandidatinnen bzw. FSG-Kandidaten gewonnen. So bleibt der Vorsitz in der Region Innsbruck und Umgebung bei Bernd Leidlmair, im Unterland bei Patrik Tirof, im Oberland bei Herbert Frank und in Osttirol übernahm Martin Strasser von dem inzwischen pensionierten Willi Lackner.

Ebenso haben die Regionalpensionistinnen bzw. Regionalpensionisten und Regionalfrauen jeweils FSG-Vorsitzende. Auf Landesebene wurde Johanna Wieser in ihrer Funktion als Vorsitzende der ÖGB-Landespensionistinnen bzw. ÖGB-Landespensionisten bestätigt. Bianca Gassler wurde zur neuen ÖGB-Landesjugendvorsitzenden gewählt und die neu gewählte Landesfrauenvorsitzende Sonja Föger-Kalchschmied komplettiert das FSG-Team im ÖGB Tirol.

Philip Wohlgemuth gab Ende 2021 bekannt, erneut als ÖGB-Landesvorsitzender bei der ÖGB-Landeskonferenz am 21. Mai 2022 zu kandidieren, gleich wie Bernhard Höfler als Landesvorsitzender der FSG Tirol. Beide Kandidaten wurden bei beiden Landeskonferenzen im Mai 2022 in Innsbruck gewählt.

AK-Wahlen 2018

Nach einem kurzen, aber intensiven Wahlkampf mit Stephan Bertel an der Spitze konnten wir ein Mandat dazugewinnen. Vor allem der engagierte Wahlkampf auf Social Media machte sich bezahlt und brachte 1,2 Prozent Zuwachs. Anschließend zogen Stephan Bertel und Bernhard Höfler in den Vorstand der Arbeiterkammer Tirol ein. Für die AK-Kontrolle wurden Herbert Frank, Florian Tauber und Bernd Leidlmair nominiert.

fsg.tirol

facebook.com/TirolFSG

instagram.com/fsgtirol

Landesfraktionsvorsitzender:

Wolfgang Fritz (seit Mai 2022)

Werner Posch (bis Mai 2022)

Landesfraktionssekretärin: **Manuela Auer**

Politische Arbeit

Die FSG-Arbeit war zunächst geprägt von der neoliberalen Politik der türkis-blauen Bundesregierung, der Zerschlagung der Gebietskrankenkassen sowie den Neuwahlen im Jahr 2019. Es folgte die erste türkis-grüne Bundesregierung, Proteste gegen den 12-Stunden-Tag, Aktivitäten für eine gerechte Steuerpolitik und die Einführung einer Millionärssteuer. Die Jahre 2020 bis 2022 waren schließlich dominiert von der Coronavirus-Pandemie. Aktuell gilt unser Fokus dem Kampf gegen die massive Teuerung, unter der die Menschen in Österreich leiden.



Kassenfusion – Türkis-Blau enteignet die VGKK

Gegen die Zentralisierung und Machtverschiebung in der ÖGK hin zu den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern protestierten am 18. Oktober 2018 rund 3.000 Menschen vor der VGKK in Dornbirn – dennoch wurde das Gesetz durchgepeitscht und die ÖGK eingeführt.

Pflege in der Krise – in vielen Bereichen ist es bereits 5 nach 12!

Die Pflege war und ist ein Schwerpunktthema. Die angespannte Personalsituation und die Arbeitsbedingungen sind dabei klar im Fokus. Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte forderten bei zahlreichen Medienaktivitäten und Protestaktionen u..a. einen realistischen Personalschlüssel, eine Ausbildungsoffensive und bessere Entlohnung.

Neuer FSG-Landesvorsitzender: Wolfgang Fritz folgt Werner Posch

Wolfgang Fritz, Landesvorsitzender der PRO-GE Vorarlberg und BRV bei Grass, wurde am 20. Mai 2022 zum neuen Vorsitzenden der FSG Vorarlberg gewählt. Er folgte damit Werner Posch, der die Funktion seit 2003 innehatte und sich in den Ruhestand verabschiedete. Ins Präsidium gewählt wurden auch Arthur Tagwerker, Patricia Zangerl, Sandro Willi, Andreas Ammann, Franz Mähr, Reinhard Stemmer, Sophia Berkmann und Elke Zimmermann.



Landesfrauenkonferenz 2022: Elke Zimmermann im Amt bestätigt

Am 24. März 2022 wurde Elke Zimmermann (younion) mit 100 Prozent als Landesfrauenvorsitzende bestätigt. Ihre Stellvertreterinnen sind Alexandra Loser, Nadja Djuric, Angelika Berchtold, Özge Yilmaz, Andrea Walch-Riedmann, Manuela Allgäuer, Karin Heinzle, Sonja Eberle und Alexandra Hirschmugl.

AK-Wahlen 2019 – FCG-Absolute gebrochen

Vom 28. Jänner bis 7. Februar 2019 fanden die AK-Wahlen statt. Manuela Auer und ihr Team konnten um 3,16 Prozent auf 30,15 Prozent zulegen und die absolute Mehrheit der FCG/ÖAAB-Fraktion brechen. Thematisch war der Wahlkampf geprägt von der arbeitnehmer:innenfeindlichen Politik der türkis-blauen Bundesregierung. In der konstituierenden Sitzung am 7. März 2019 wurde Manuela Auer als Vizepräsidentin der AK Vorarlberg wiedergewählt.



Veranstaltungen und Medienaktivitäten

- 100 Jahre Frauenwahlrecht mit Severin Holznecht, November 2018
- „Neoliberale Politik und ihre Folgen – was braucht es aus Arbeitnehmersicht?“ am 27. November 2018 mit Stephan Schulmeister, Ökonom
- Gedenkjahr 2018 – mit Werner Bundschuh und Günter Dietrich am 3. April 2018
- Benefizkonzert mit SamUnplugged für Stunde des Herzens am 7. Dezember 2018
- „Die neue Arbeiter:innenklasse – Menschen in prekären Verhältnissen“ mit Veronika Bohrn Mena am 13. September 2019
- „Arbeitskämpfe in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ am 14. Februar 2022 mit Tobias Reinhard und Thomas Steurer
- „Kinderarbeit stoppen!“ – mit Michael Wögerer, weltumspannend arbeiten am 20. Oktober 2022
- Februar 34 – Gefahr für die Demokratie damals, Gefahr für die Demokratie heute, 13. Februar 2023 mit Johannes Spies (erinnern.at)
- Arbeitsklausur Friedrichshafen 1. bis 2. März 2023
- Jährliches FSG/AK-Grillfest
- Jährliches Festspielfrühstück in Kooperation mit der SPÖ Vorarlberg



Landesfraktionsvorsitzender: **Christin Meidlinger**

Landesfraktionsgeschäftsführer:

Sandro Beer (seit Oktober 2018)

Gottfried W. Sommer (bis September 2018)

FSG-Akademie

Im Jänner 2022 startete unsere neu gedachte FSG-Akademie (ehemals FSG-Abendschule) den 36. Lehrgang. Die FSG-Akademie ist ein einjähriger Lehrgang, der seit 1984 Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Personalvertreter:innen und Vertrauensleute gewerkschaftspolitisch aus- und weiterbildet. Die Akademie gibt ihren Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter anderem durch Kenntnisse in den Bereichen Politik, Kommunikation und Gewerkschaft und dem dazugehörigen Netzwerk das notwendige Know-how, um ihre wichtige Aufgabe noch besser erfüllen zu können. Am 15. Dezember 2022 absolvierten die Teilnehmer:innen erfolgreich ihren Abschluss und sind seither ein wichtiger Teil der FSG Wien.





Landeskonferenz 2020

Die Landeskonferenz der FSG Wien am 2. September 2020 stand im Zeichen der sehr herausfordernden Situation der Arbeitnehmer:innen. Die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie sind bis heute noch immer nicht abschätzbar. Klar sind jedoch die Zahlen: Am Höhepunkt des Lockdowns waren 590.000 Menschen arbeitslos und 750.000 in Kurzarbeit. Auch wenn sich die Situation seit damals verbessert hat, sind die sozialpolitischen Forderungen der FSG Wien aktueller denn je.

- Die Lebensrealitäten unserer Kolleginnen und Kollegen stellen uns vor große Herausforderungen.
- Es muss klar sein, dass sich Arbeitnehmer:innen mehr Respekt verdienen.
- Ein fairer Verdienst und faire Arbeitszeiten, um ein gutes Leben zu führen.
- Die Menschen müssen die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.
- Ein solidarisches Miteinander zeichnet uns aus.
- Wir bündeln unsere Kraft für eine starke Antwort. Wir schaffen gemeinsam MEHR. MEHR Respekt, MEHR Gerechtigkeit, MEHR Solidarität.



Personelle Veränderungen

Nach neun Jahren als Landesgeschäftsführer der FSG Wien übernahm Gottfried W. Sommer neue Aufgaben als Sekretär des ÖGB. Sandro Beer, bisher Sekretär, folgte mit 1. Oktober 2018 Sommer nach.

1. Mai 2018–2022

Nach zwei Jahren online konnten wir im Jahr 2022 endlich wieder den Tag der Arbeit – unseren Feiertag – gemeinsam begehen. Das ist der Tag, an dem wir nicht nur unsere Stärke und unseren Zusammenhalt zelebrieren, sondern vor allem für unsere Rechte und Forderungen einstehen. Die FSG Wien ist die starke Stimme der Arbeitnehmer:innen und gemeinsam erheben wir sie am 1. Mai, um für eine echte Teuerungsbremse und für eine Millionärs- und Erbschaftssteuer und für höhere Löhne einzustehen. Weil wir ein Recht auf ein leistbares Leben haben.

Aber auch für den Frieden standen wir heuer am Rathausplatz, denn kein Mensch sollte im Ausnahmezustand des Krieges leben müssen. Und all das taten wir ZUSAMMEN, denn „Solidarität ist die Antwort“ und das macht uns aus!

FSG-Arbeitsweltinsel im Rahmen des Donauinselfestes

Das europaweit größte Open-Air-Festival bei freiem Eintritt ist für uns jedes Jahr ein Highlight. Wir scheuen keine Mühen, um die Arbeitsweltinsel jährlich zu einem unvergesslichen Erlebnis zu machen. Auch wenn wir die letzten Jahre, aufgrund der Pandemie, auch das Donauinselfest neu denken mussten, war es uns dennoch wichtig, den Menschen wundervolle Tage, wie wir sie kennen und lieben, zu bieten. Das ist nur mit und Dank der vielen freiwilligen Helfer:innen möglich.



fsgwien.at

facebook.com/Wien.FSG



